

I n h a l t

Öffentlicher Teil

Nummer

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Anfragen | |
| 1.1 | Bürgertelefon – telefonischer Bürgerservice und mögliche Ko-
operation mit der Stadt Köln
- Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2025 mit Stellungnahme
vom 08.07.2025 | AF/2025/116 |
| 1.2 | B8 Küppersteg
- Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.06.2025 mit Stellungnahme
vom 10.07.2025 | AF/2025/117 |
| 1.3 | Ämterkarten
- Anfrage der CDU-Fraktion vom 05.06.2025 mit Stellungnahme
vom 14.07.2025 | AF/2025/118 |
| 1.4 | Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule
- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
16.07.2025 mit Stellungnahme vom 17.07.2025 | AF/2025/119 |
| 1.5 | Sachstand Fahrradstraßen und Fahrradzonen
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.06.2025 mit Stellungnahme
vom 28.07.2025 | AF/2025/120 |
| 1.6 | Thematik Stadttauben
- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
21.06.2023 mit Stellungnahme vom 30.07.2025 | AF/2025/121 |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Sachstand Sperrung Buswendeschleife Schlebusch, Stadtbahn
- Mitteilung vom 17.07.2025 | MI/2025/166 |
| 2.2 | Bericht Stadtkämmerer Molitor im Finanz- und Digitalisierungs-
ausschuss am 23.06.2025
- Mitteilung vom 28.07.2025 | MI/2025/167 |

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 2.3 | Haushaltsreden
Mitteilung vom 28.07.2025 | MI/2025/168 |
| 3 | Beschlusskontrollen | |
| 3.1 | Sparkassenautomat Kontoauszugdrucker und mobiles Bürger-
büro für Hitdorf
- Beschlusskontrolbericht vom 25.07.2025 | BK/2025/210 |
| 3.2 | Poller Umlag Umsetzung
- Beschlusskontrollbericht vom 28.07.2025 | BK/2025/211 |

Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2025

Bürgertelefon – telefonischer Bürgerservice und mögliche Kooperation mit der Stadt Köln

Ein Bürger hat uns einen Vorfall geschildert, den wir nachfolgend in protokollarischer Form wiedergeben:

Am (Datum, Uhrzeit und Telefonnummer der CDU bekannt, wird hier aus Rücksicht gegenüber dem Mitarbeiter nicht genannt) kontaktierte der Bürger das Bürgertelefon der Stadt Leverkusen, um sich über die Möglichkeiten zur Ummeldung eines Fahrzeugs beim Straßenverkehrsamt zu informieren. Auf seine Frage, wann man diese Ummeldung am besten vornehmen könne, antwortete der Gesprächspartner, dass keine Anmeldung erforderlich sei und der Bürger einfach am kommenden Freitag erscheinen könne.

Der Bürger zeigte sich daraufhin verwundert und wies darauf hin, dass in den Medien berichtet wurde, dass die Verwaltungsstellen der Stadt Leverkusen an dem besagten Freitag (Brückentag) geschlossen seien. Darauf reagierte der Gesprächspartner überrascht (...).

Dieser Vorfall wirft aus unserer Sicht wichtige Fragen zur Organisation, Qualität, Transparenz und Wirtschaftlichkeit der telefonischen Bürgerservices der Stadt Leverkusen auf. Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1.

Existiert eine formale Vereinbarung zwischen der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln oder einer anderen externen Stelle über die telefonische Annahme und Beantwortung von Anfragen an das Bürgertelefon?

Stellungnahme:

Ja.

2.

Falls ja:

a. Seit wann besteht diese Kooperation?

b. Wer hat diese Kooperation beschlossen, auf welcher rechtlichen Grundlage und in welchem Gremium?

c. Welche Dienstleistungen umfasst die Kooperation konkret?

Stellungnahme:

Zwischen der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln wurde im Juli 2007 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖRV) zur Übernahme des Telefonservice der Stadt Leverkusen durch das von der Stadt Köln betriebene Call-Center (jetzt Bürgertelefon) abgeschlossen. Der seinerzeit zuständige Personal- und

Organisationsausschuss hat am 18.05.2007 einen entsprechenden Beschluss gefasst (Vorlage Nr. P 22/16. TA) und die Verwaltung mit der Umsetzung der in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung getroffenen Inhalte beauftragt. Im Juli 2010 wurde eine neue ÖRV abgeschlossen, die ein erweitertes Aufgabenportfolio beinhaltet. Auch hier hat der Personal- und Organisationsausschuss am 05.10.2009 zugestimmt (Vorlage Nr. P 37/16.TA).

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung sieht schwerpunktmäßig folgende Dienstleistungen, die durch die Stadt Köln zu erbringen sind, vor:

- Möglichst abschließende Bearbeitung eingehender Anfragen und Anliegen zur Entlastung der Sachbearbeiter*innen der Verwaltung der Stadt Leverkusen
- Selbstständige Auskunftserteilung und Beratung von telefonischen Anfragen auch für interne Mitarbeiter*innen
- Vermittlung von Anrufen in die Verwaltung der Stadt Leverkusen, wenn eine selbstständige Auskunftserteilung nicht möglich oder Vermittlung ausdrücklich gewünscht ist.

3.

Wie ist sichergestellt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter externer Stellen, wie in diesem Fall aus Köln, korrekte und aktuelle Auskünfte zu Dienstleistungen und Öffnungszeiten der Stadt Leverkusen erteilen können?

a. Welche Schulungsmaßnahmen erfolgen?

b. In welchen Intervallen werden die Mitarbeitenden geschult?

c. Wie wird sichergestellt, dass Informationen regelmäßig und aktuell weitergegeben werden?

Stellungnahme:

Alle relevanten Informationen, die von den Mitarbeitenden des Bürgertelefons verarbeitet beziehungsweise kommuniziert werden, sind im so genannten Knowledgecenter digital abgelegt, d.h. werden von der Stadt Leverkusen zur Verfügung gestellt. Die Koordination hierzu wird vom Bürgerbüro (FB 33) wahrgenommen. Die Einarbeitung von neuen Mitarbeitenden im Bereich des Bürgertelefons obliegt der Stadt Köln, die Fortschreibung beziehungsweise Aktualisierung der Inhalte erfolgt laufend, verantwortlich hierfür sind die Fachbereiche der Stadt Leverkusen. Diese Prozessabbildung hat nach Abschluss der Einführungsphase 2007/2008 die Durchführung von Schulungsmaßnahmen entbehrlich gemacht.

4.

Wie wird gewährleistet, dass Bürgerinnen und Bürger am Telefon nicht in die Irre geführt werden oder fälschlich glauben, mit städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Leverkusen zu sprechen, obwohl dies nicht der Fall ist?

Stellungnahme:

Bei einem Anruf der 406-0 erklingt standardisiert der Text:

“Herzlich Willkommen beim Bürgertelefon der Stadtverwaltung Leverkusen“,

hiernach meldet sich dann eine Mitarbeiterin beziehungsweise ein Mitarbeiter des Bürgertelefons (Stadt Köln) mit Namen und klärt das Bürgeranliegen im Sinne (und im Namen) der Stadt Leverkusen. In wie weit dieser Prozess etwas mit „in die Irre geführt werden“ zu tun haben soll, kann nicht erkannt werden.

5.

Wie erfolgt der datenschutzkonforme Austausch von Informationen bei einer solchen Kooperation? Welche Vereinbarungen bestehen hierzu mit Dritten, insbesondere der Stadt Köln?

Stellungnahme:

Die datenschutzrechtlichen Regelungen sind explizit in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung festgeschrieben. Insbesondere wird geregelt, dass eine Speicherung, Nutzung und Übermittlung personenbezogener Daten nur in dem Umfang zulässig ist, wie die Daten zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind. Diese werden zudem spätestens nach Ablauf von sechs Monaten gelöscht. Darüber hinaus sind die im Bürgertelefon mit der Bearbeitung der Daten befassten Kräfte Dritten gegenüber zur Geheimhaltung verpflichtet. Ergänzend wurde im Mai/Juni 2020 zwischen der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln eine umfassende Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung personenbezogener Daten auf der Grundlage der Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nach Art. 28 ff abgeschlossen.

6.

Wie ist die telefonische Erreichbarkeit der Stadt Leverkusen grundsätzlich organisiert?

a. Zu welchen Zeiten ist die Stadt Leverkusen direkt erreichbar?

Stellungnahme:

Die Fachbereiche der Stadtverwaltung Leverkusen organisieren ihre Erreichbarkeit eigenverantwortlich im Sinne der Aufgabe. So ist beispielsweise die Leitstelle des KOD an sieben Tagen der Woche bis in die späten Abend- und Nachtstunden erreichbar. Dieser Umfang gilt selbstverständlich nicht für alle Bereiche der Stadtverwaltung, z.B. nicht für die Musikschule, die Wohngeldstelle oder das Bürgerbüro.

b. Zu welchen Zeiten übernimmt eine andere Stelle (z. B. Köln) die telefonische Betreuung?

Stellungnahme:

Das Bürgertelefon ist montags bis donnerstags von 07:00 Uhr bis 18:00 Uhr erreichbar, freitags von 07:00 Uhr bis 14:00 Uhr.

Das Service-Center der zentralen Behördenrufnummer 115 wird für die Stadt Leverkusen ebenfalls durch das Bürgertelefon der Stadt Köln abgedeckt. In diesem Rahmen wird eine telefonische Erreichbarkeit montags bis freitags von 07:00 Uhr bis 18:00 Uhr sichergestellt.

c. Welche organisatorischen Strukturen bestehen für das Bürgertelefon innerhalb der Verwaltung?

Stellungnahme:

Im Stellenplan des FB 33 wird für die Themenbereiche Vertrag, Betrieb und Abrechnung eine Vollzeit-Planstelle mit E 9 a vorgehalten (SB Back-Office Bürgertelefon). Hierzu hat sich die Stadt Leverkusen im Rahmen der ÖRV verpflichtet. Bedarfsorientiert wird bei grundsätzlichen Fragen in geringem Umfang auch der Fachbereich Personal und Organisation (FB 11) eingebunden.

d. Wie gliedert sich die telefonische Erreichbarkeit und die dazugehörige Organisationsstruktur in Bezug auf die einzelnen Fachbereiche der Stadtverwaltung?

Stellungnahme:

Siehe Beantwortung zu Ziffer 6a.

7.

Wie wird sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger eine verlässliche, vollständige und serviceorientierte telefonische Auskunft erhalten, unabhängig davon, ob sie mit städtischem oder externem Personal verbunden werden?

Stellungnahme:

Siehe Beantwortung zu Ziffer 3.

8.

Wie gestalten sich die Kosten für den Betrieb des Bürgertelefons?

a. Welche Kosten entstehen durch die Nutzung externer Stellen wie der Stadt Köln – gegliedert nach Personal-, Sach- und sonstigen Betriebskosten?

Stellungnahme:

Die anfallenden Personal-, Sach- und Gemeinkosten werden nach einem Kostensatz pro Produktivminute, der jährlich angepasst wird, abgerechnet. Auf dieser Basis ergeben sich für die Stadt Leverkusen folgende Leistungsentgelte:

2020: 481.731 €
2021: 621.881 €
2022: 723.427 €
2023: 602.142 €
2024: 441.923 €
2025 (bis 30.06): 228.000 €

b. Welche internen Personalkosten fallen für den Betrieb des Bürgertelefons an?

Stellungnahme.

In Anlehnung an die Ausführungen zu Ziffer 6 c ergibt sich die Höhe der internen Personalkosten auf Basis einer Vollzeit-Planstelle mit dem Stellenwert E 9a (SB Back-Office Bürgertelefon).

Kosten eines Arbeitsplatzes für 2024: 91.180 €

c. Welche zusätzlichen Sachkosten (z. B. technische Infrastruktur, Material) entstehen innerhalb der Stadtverwaltung?

Stellungnahme:

Neben den unter den Antworten zu 8a und 8b aufgeführten Beträgen entstehen keine weiteren Kosten.

d. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Leverkusen: Wie bewertet die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit dieser Organisationsform?

Stellungnahme:

Die Stadt Köln übernimmt das Bürgertelefon nicht nur für die Stadt Leverkusen, sondern auch für andere Kommunen und Verbände. Insofern ist bei der Stadt Köln ein entsprechender Personalkörper (ca. 160 Mitarbeitende auf operativer Ebene) vorhanden, der auch Personalausfälle entsprechend kompensieren kann. Zum jetzigen Zeitpunkt werden keine Ansatzpunkte gesehen, die ÖRV mit der Stadt Köln zu kündigen. Eine Übernahme der Telefonie wäre mit einem sehr großen Aufwand verbunden, da hier personelle, technische und räumliche Aspekte zu berücksichtigen sind und einen langen Vorlauf benötigt.

9.

Welche Kosten sind der Stadt Leverkusen in den vergangenen fünf Jahren für die telefonische Bürgerkommunikation (Bürgertelefon / Telefonauskünfte) entstanden?

a. Wir bitten um eine jährliche Aufstellung der Kosten für die letzten fünf Jahre – gegliedert nach internen Strukturen (Personalkosten, Materialkosten) sowie externen Dienstleistungen.

Stellungnahme:

Siehe Beantwortung zu Ziffer 8.

b. Welche konkreten Vereinbarungen über Kostenteilung, Abrechnung und Leistungsumfang bestehen mit externen Partnern (insbesondere der Stadt Köln)?

Stellungnahme:

Siehe Beantwortung zu Ziffer 8.

c. Inwiefern wurde der finanzielle Aufwand für externe Dienstleistungen in den politischen Gremien thematisiert und entschieden?

Stellungnahme:

Siehe Beantwortung zu Ziffer 2.

d. Welche Kosten sind für die kommenden Jahre im Bereich Bürgertelefon / Telefonauskünfte prognostiziert, sowohl im Hinblick auf interne Strukturen als auch auf externe Dienstleistungen?

Stellungnahme:

Sofern keine strukturellen Änderungen vorgenommen werden, ist davon auszugehen, dass sich die Kostenentwicklung im Rahmen der unter Ziffer 8 a dargestellten Kostenspanne bewegen wird.

Bürgerbüro in Verbindung mit Personal und Organisation

08.07.2025

Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.06.2025

B8 Küppersteg

Der Bau der B8 ist mehr als 60 Jahre her. Die Abstützung der Troglage im Bereich der Küppersteger Straße besteht schon seit 18 Jahren. 2017 und 2019 hat der Rat der Stadt Beschlüsse zu einer umfassenden Sanierung des Knotenpunktes verabschiedet. Baubeschlussvorlagen Nrn. 2017/1666 und 2019/2803. 2024 beschloss der Rat ein verkehrliches Gutachten zur Feststellung der Leistungsfähigkeit eines ebenerdigen Ausbaus in Auftrag zu geben, (BK-Nummer 2023/2622 (ö))

Die Ergebnisse der entsprechenden Verkehrszählung sollten Anfang 2025 feststehen. Der Knotenpunkt B8/Küppersteger Straße ist seit fast 2 Jahrzehnten sanierungsbedürftig. Jeden Tag benutzen viele Auto-, Radfahrer, Fußgänger sowie der ÖPNV diesen Verkehrsbereich. Zu jedem Heimspiel von Bayer 04 queren tausende von Menschen diese "Dauerbaustelle".

Wir fragen daher:

1. Wann werden die Ergebnisse und das Gutachten dem Rat zur Verfügung gestellt?

Stellungnahme:

Das Verkehrsgutachten ist seitens des Ingenieur-Büros in der finalen Bearbeitung. Nach Fertigstellung und Prüfung durch die Verwaltung wird für die politischen Gremien eine entsprechende Vorlage gefertigt werden; anvisiert wird der letzte Sitzungsturnus 2025.

2. Wie hoch sind die Kosten für eine ebenerdige Lösung? Können Fördermittel in Anspruch genommen werden?

Stellungnahme:

Das beauftragte Verkehrsgutachten hat die Aufgabe, die Leistungsfähigkeit eines ebenerdigen Knotenpunktes zu berechnen und darauf aufbauend das Fazit zu ziehen, ob eine entsprechende Planung und Ausführung verkehrstechnisch möglich ist. Planung, Kostenermittlung und Überprüfung von Förderungsmöglichkeiten würden erst anschließend, vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses, durchgeführt werden.

3. Wie hoch ist die Entschädigung für das Ingenieurbüro?

Stellungnahme:

Eine Entschädigung ist bisher nicht gezahlt worden. Die Technischen Betriebe Leverkusen AöR (TBL) konnten sich mit dem Ingenieurbüro auf eine Sistierung einigen. Diese war zunächst für ein Jahr abgesprochen.

4.

Sollte eine ebenerdige Variante präferiert werden, wann könnte mit der Neuplanung und Umsetzung begonnen werden und wie lange würden voraussichtlich die Umbauten dauern?

Stellungnahme:

Sollte eine ebenerdige Variante verkehrstechnisch möglich sein, würde in der oben erwähnten Vorlage eine grobe Zeitplanung vorgestellt werden.

5.

Ist durch eine ebenerdige Lösung die Führung einer Stadtbahnlinie noch realisierbar?

Stellungnahme:

Hierzu wird auch das Verkehrsgutachten eine Aussage treffen.

Tiefbau in Verbindung mit Technische Betriebe Leverkusen AöR

10.07.2025

„Ämterkarten“ für die Leverkusener Parkhausgesellschaft

Anfrage der CDU-Fraktion vom 05.06.2025

Wir bitten um Beantwortung der folgenden Fragen per z.d.A. Rat:

1.

War Ihnen die Problematik rund um die „Ämterkarten“ bei der LPG bekannt?

Stellungnahme:

Herr Oberbürgermeister Richrath wurde nach der Gesellschafterversammlung der LPG am 03.06.2025 durch Herrn Stadtkämmerer Molitor als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung der LPG informiert.

1.1.

**Über welchen Fachbereich werden die "Ämterkarten" bestellt und verteilt?
Wann wurden die letzten Ämterkarten bestellt?**

Stellungnahme:

Die vormals durch die LPG eigenständig vorgenommene Verteilung der sog. Ämterkarten an die Fachbereiche ist - aufgrund des Wunsches der LPG nach einer zentralen Ausgabestelle - zuletzt über den Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke an die jeweiligen Dezernate erfolgt. Ein Austausch der Ämterkarten war im April 2025 aufgrund einer systemischen Umstellung beim Pächter Q-Park notwendig geworden.

1.2.

Gibt es eine persönliche Zuordnung?

Stellungnahme:

Die Ämterkarten sind nicht persönlich zugeordnet worden.

1.3.

Ist den Beschäftigten deutlich gemacht worden, dass sie die "Ämterkarten" keinesfalls privat benutzen dürfen?

Stellungnahme:

Zuletzt ist allen Bereichen im Jahr 2020 mitgeteilt worden, dass die Ämterkarten für den dienstlichen Gebrauch zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich wird ein entsprechender Passus in der Allgemeinen Dienstanweisung aufgenommen

2.

Gibt es Mietverhältnisse mit anderen Vermietern (beispielsweise der Rathausgalerie) in denen ähnliche Parkkarten vorbehalten werden? Wenn ja: In welchem Umfang ist dies der Fall? Bitte rückwirkend bis 2020 beantworten.

Stellungnahme:

Es gibt einen Mietvertrag über PKW-Stellplätze im Parkhaus Rathaus-Galerie. Hierüber werden zehn Dauerparkkarten abgenommen.

2.1.

Falls es die Überlassung von Parkberechtigungen durch Vermieter gibt: Wie bewertet die Verwaltung dies rechtlich?

Stellungnahme:

Hinsichtlich der in der vorhergehenden Antwort benannten Parkkarten liegt die Einschätzung des Fachbereichs Recht und Vergabestelle vor, dass die Anmietung der PKW-Stellplätze zu marktüblichen Preisen erfolgt und daher als unkritisch bewertet wird.

Dezernat für Finanzen und Digitalisierung in Verbindung mit Oberbürgermeister, Rat und Bezirke, Recht und Vergabestelle und Gebäudewirtschaft

14.07.2025

Entsiegelung Parkplätze Musikschule

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.07.2025

In der Ratssitzung am 03.07.2025 stand zum Thema „Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule der Stadt Leverkusen“ unter Tagesordnungspunkt 66 die Vorlage Nr. 2025/3319 auf der Tagesordnung. Die CDU hatte einen Ergänzungsantrag mit der Nummer 2025/3416 gestellt, der eine "Priorisierung und Konzeptionierung aller Vorlagen und Beschlüsse zum Thema Flächenentsiegelung" forderte. Der Änderungsantrag der CDU wurde mehrheitlich beschlossen. Die eigentliche Vorlage zur Entsiegelung des Musikschulparkplatzes wurde dann nicht mehr abgestimmt, obwohl der Ergänzungsantrag im Beschlusstext keinerlei Hinweise auf die Entsiegelung des Musikschulparkplatzes enthielt. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. War es korrekt, die Vorlage nicht abstimmen zu lassen?**
- 2. Falls nicht: Müsste die Vorlage erneut auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt werden?**

Stellungnahme:

Zu 1. und 2.:

Ein Ergänzungs- oder Änderungsantrag zu einer bestehenden Vorlage stellt in seiner Art eine mindestens leicht modifizierte Version der ursprünglichen Vorlage dar. Es obliegt dem entscheidenden Gremium diesen in seiner Form zu beschließen oder abzulehnen, andernfalls weiter zu ergänzen oder abzuändern. Das hat der Rat der Stadt Leverkusen in seiner Sitzung vom 07.07.2025 getan.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion Nr. 2025/3416 war in seiner Art so grundsätzlich formuliert, dass er alle Priorisierungen und Konzeptionen in Angelegenheiten der Flächenentsiegelung allumfassend aufgreift. Dies hat Rh. Feister (CDU) im Rat mit seiner Wortmeldung nochmals bestätigt. Die gesamten Diskussionen innerhalb der Beratung zu dem Tagesordnungspunkt 66 haben diese Intention nochmals bekräftigt. Dies kann ebenfalls via Rats-TV auf der städtischen Homepage nachträglich nachvollzogen werden. Die Intention des Antrages war im Grunde allumfassend und ersetzte somit durch den gefassten Mehrheitsbeschluss des Rates der Stadt Leverkusen die Vorlage Nr. 2025/3319, sodass über diese nicht nochmals abgestimmt werden musste. Darüber hinaus beinhaltet der gefasste Beschluss, dass eine neue Beschlussvorlage zum Thema „Entsiegelung“ erstellt wird, in der auch die Thematik „Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule der Stadt Leverkusen“ erneut aufgegriffen wird.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

17.07.2025

Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.06.2025

Sachstand Fahrradstraßen und Fahrradzonen

In der Mitteilung des zdA Rats vom Juli 2024 wurde zur BK-Nummer 2020/0148 der aktuelle Sachstand zu den beschlossenen Fahrradstraßen und Fahrradzonen dargestellt. Dabei wurde auf Schwierigkeiten durch die Bezirksregierung hingewiesen. Gleichzeitig wurde veröffentlicht, dass ein bis zwei Projekte aus Mitteln des Fachbereichs Klimaschutz und Mobilität realisierbar wären.

- Können Sie uns bitte mitteilen, um welche ein bis zwei Fahrradstraßen es sich handelt und wie der derzeitige Sachstand ist?

- Warum muss für die Planung einer Fahrradstraße ein Ingenieurbüro beauftragt werden? Kann die Planung nicht intern durchgeführt werden (z.B. im Fachbereich Mobilität durch den Fahrrad- oder Mobilitätsbeauftragten)?

Stellungnahme

Zu 1.:

Der Sachstand ist bereits überholt, wie durch den Fachbereich Mobilität und Klimaschutz bei der informativen Begehung der potentiellen Fahrradstraße Kolberger Straße am 09.09.2024 bereits bekannt gemacht wurde. Ursprünglich war geplant, die Kolberger Straße, die Morsbroicher Straße sowie die Rheinstraße / Wiesenstraße zeitnah zu Fahrradstraßen umzugestalten, nachdem diese umfangreich gemeinsam mit Vertretenden der Bezirksregierung Köln abgelaufen wurden.

Durch die mittlerweile ergangenen Urteile der Verwaltungsgerichte Köln und Aachen aufgrund von Klagen gegen Fahrradstraßen durch betroffene Anwohner*innen wurde jedoch deutlich, dass Fahrradstraßen nicht überall eingerichtet werden dürfen und es neben der umfassenden Prüfung sowie der Einhaltung der Richtlinien zur Gestaltung von Fahrradstraßen und Fahrradzonen der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS NRW), auch eines Radverkehrskonzeptes bedarf. Ein solches Konzept wird aktuell durch den Fahrradbeauftragten des Fachbereich Mobilität und Klimaschutz der Stadt Leverkusen erarbeitet und anschließend der Politik zur Beschlussfassung vorgelegt. Bis dahin können aufgrund der hohen Kosten zur Einrichtung von Fahrradstraßen und des erhöhten Risikos einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln zu unterliegen, zunächst keine weiteren Fahrradstraßen umgesetzt werden.

Zu 2.:

Die Beauftragung einer Grundlagenplanung zur Einrichtung von Fahrradstraßen wurde mittlerweile an ein Ingenieurbüro vergeben, damit zeitnah nach Erstellung des Radverkehrskonzeptes mit der Einrichtung von Fahrradstraßen fortgefahren werden kann. Aufgrund der Gewichtung des Themas und der Tatsache, dass ein Basiskatalog angelehnt an den Leitfaden der AGFS NRW erstellt werden soll, welcher später zur einheitlichen Ausgestaltung aller Fahrradstraßen im Stadtgebiet rechtssicher angewandt werden kann, wurde sich für die Ausführung durch ein Ingenieurbüro entschieden.

Eine Planung durch Kolleg*innen des Fachbereichs Mobilität und Klimaschutz ist nicht möglich, da es sich bei diesen nicht um entsprechend ausgebildete Verkehrsingenieure*innen handelt und diese fachlich somit nicht in der Lage sind, umfassende und gerichtsfeste Verkehrsplanungen zu erstellen. Ob hingegen die einzelnen Fahrradstraßen nach Vorliegen der Grundlagenplanung sowie des Radverkehrskonzepts durch den Fachbereich Tiefbau mit eigenem Personal oder durch ein beauftragtes Ing.-Büro geplant werden können, ist dann tagesaktuell im Einzelfall zu entscheiden.

Mobilität und Klimaschutz

28.07.2025

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.06.2023

Thematik Stadtauben

Im Stadtgebiet Leverkusens leben zahlreiche Stadtauben, deren Zuständigkeit die Stadtverwaltung Leverkusen trifft und somit Verpflichtungen für die Kommune einhergehen. Bei kürzlich durchgeführten Ortsbegehungen hat sich gezeigt, dass bisherige Maßnahmen der Stadt, die sich offenbar auf flächendeckende Fütterungsverbote und Vergrämung beschränken, weder zu einer nachhaltigen noch zu einer tierschutzkonformen Kontrolle der Stadtaubenpopulation beitragen.

Daher bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1.

Wo und in welchem Umfang veranlasst die Stadtverwaltung Maßnahmen zur Bekämpfung (sogenannte "Vergrämung") von Stadtauben?

Stellungnahme:

§ 2 Nr. 4 der Leverkusener Stadtordnung regelt ein Fütterungsverbot für wildlebende Tiere, zu denen auch die Wildtauben sowie verwilderte Haustauben gehören. Das Fütterungsverbot wird bei vorliegenden Beschwerden, aber auch bei Auffälligkeiten im Zuge der Dienstwahrnehmung/Streifen durch den Kommunalen Ordnungsdienst, kontrolliert. Unter der Verwaltung des Fachbereichs Gebäudewirtschaft werden Maßnahmen zur Vergrämung von Stadtauben erst nach Feststellung von massiven Schäden (durch Verunreinigungen) am kommunalen Gebäudebestand ergriffen. Dies trifft auf das Alte Bürgermeisteramt in Schlebusch zu, an dem eine elektrische Vergrämungsanlage installiert ist.

a)

Werden diese Maßnahmen/Vergrämungen im Zuge von anfallenden Bauarbeiten an/in vermuteten oder nachweisbaren als Nistplatz genutzten Orten (wie z.B. leerstehende Gebäude, Brücken, Hochbunkern, offenen Zwischendecken) auf Einhaltung tierschutzrelevanter Vorschriften kontrolliert? Insbesondere wenn diese dauerhaft verschlossen werden?

Stellungnahme:

Maßnahmen zur Vergrämung durch den Fachbereich Gebäudewirtschaft werden grundsätzlich nicht präventiv durchgeführt (siehe Antwort zu 1.). Art und Umfang sowie die Durchführung der Maßnahmen obliegen ausschließlich speziell ausgebildeten und geeigneten Fachunternehmen. Die Vergrämungsmaßnahmen werden explizit unter Berücksichtigung tierschutzrelevanter Vorschriften durchgeführt. Eine rechtliche Verpflichtung zur allgemeinen Kontrolle auf das Vorhandensein von Nistplätzen von Stadtauben im Zuge von baulichen Maßnahmen ist nicht bekannt.

b)

Wird eine solche o.g. Kontrolle bei ähnlichen Durchführungen von privaten Unternehmen und Einzelpersonen veranlasst, gerade wenn diese sich im stark öffentlich genutzten Raum befinden?

Stellungnahme:

Derartige Kontrollen werden von den Fachbereichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung und Gebäudewirtschaft nicht routinemäßig vorgenommen. Sofern Kenntnis über kritische Vergrämuungsmaßnahmen erlangt wird, z. B. durch Bürgeranfragen oder Beschwerden, werden Kontrollen durchgeführt und bei Feststellung von tierschutzwidrigen Fällen werden Maßnahmen zur Abstellung des Mangels ergriffen bzw. Mängel geahndet.

c)

Wird im Einzelfall überprüft, ob bei Vergrämungen eventuell den Nestern entnommene Küken und flugunfähige Jungtauben für eine Weiterversorgung Tierschutzorganisationen oder geeignete Pflegestellen zugeführt werden können?

Stellungnahme:

Derartige Fälle sind den Fachbereichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung und Gebäudewirtschaft nicht bekannt. Der Umfang der städtischen Maßnahmen richtet sich nach der Empfehlung des beauftragten Fachunternehmens und muss zwingend unter Berücksichtigung tierschutzrelevanter Vorschriften erfolgen. Im Fachbereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung gibt es ab und zu Anfragen aus der Bürgerschaft oder von beteiligten Unternehmen, wie mit Nestern mit Gelegenen oder flugunfähigen Jungvögeln umzugehen ist. Bisher konnte in Fällen von flugunfähigen Jungvögeln immer eine Lösung vor Ort gefunden werden.

2.

Wie hoch sind die Kosten für die genannten Maßnahmen und wie viele Einnahmen bringen Bußgelder im Zusammenhang mit Wildtieren (wie z.B. das Fütterungsverbot)?

Stellungnahme:

Bei Verstößen gegen das Fütterungsverbot wird in der Regel ein Verwarngeld in Höhe von 55 Euro erhoben. Diesbezügliche Einnahmen aus den Ordnungswidrigkeitenverfahren lagen 2022 bei 243 Euro und 2023 bei 210 Euro und 2024 bei 558 Euro. Die Höhe der Kosten für die Vergrämung lassen sich seitens Fachbereich Gebäudewirtschaft nicht klar definieren.

3.

Wird überprüft, ob die Maßnahmen/Vergrämungen geschützte Taubenarten (wie z.B. die Ringeltaube) und weitere Wildtiere (beispielsweise Fledermäuse, Sing- und Greifvögel, Eichhörnchen) betreffen? Wird dagegen präventiv vorgegangen, wenn ja, wie?

Stellungnahme:

Es gibt seitens der Unteren Naturschutzbehörde kein präventives Vorgehen. Die Untere Naturschutzbehörde prüft dies im Zuge von Baugenehmigungsverfahren oder wenn sie hierzu Anfragen etc. erhält.

4.

Vielerorts ist zu beobachten, dass Tauben bevorzugt hinter sogenannten Taubenabwehr-Spikes nisten und brüten, da diese den Nestern zusätzlichen Halt verschaffen. Für die Tiere ist dies lebensgefährlich, da die hinter den Spikes befindlichen Küken wie auch das Nest anfliegende Elterntiere einem hohen Risiko ausgesetzt sind, sich an den langen Metallspitzen aufzuspießen und qualvoll zu verenden. Wie geht die Stadt Leverkusen mit der Tatsache um, dass sich die gängigen Vergrämungsmethoden, wie hier am Beispiel der Abwehrspikes gezeigt, als kontraproduktiv erweisen und zudem von Tierschutzorganisationen grundsätzlich abgelehnt werden? (siehe https://www.tierschutzbund.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Positionspapiere/Artenschutz/Taubenschutz.pdf (Punkt C) und https://www.tierrechte.de/wp-content/uploads/2021/09/2021-HBStadttaubenmanagement_web.pdf (S.12f.))

Stellungnahme:

Taubenvergrämungsmaßnahmen gelten nicht grundsätzlich als tierschutzwidrig. Aus fachlicher Sicht gelten Abwehrsysteme nur dann als tierschutzwidrig, wenn sie geeignet sind, den Tieren Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen.

Wenn, z. B. im Zusammenhang mit Bürgeranfragen oder Beschwerden, problematische Abwehrmaßnahmen bekannt werden, werden diese einer individuellen tierschutzfachlichen Beurteilung unterzogen. Ggf. werden die erforderlichen Maßnahmen zum Abstellen der Mängel ergriffen.

5.

Sind weitere und vor allem Dingen effizientere Taubenschläge oder Taubenhäuser in Planung, wenn ja, wie und durch wen sollen der jeweilige Bedarf und Standort ermittelt werden?

Stellungnahme:

Es sind keine Taubenhäuser in städtischer Verantwortung in Betrieb oder in Planung. Grundsätzlich wird aus fachlicher Sicht das Einrichten von betreuten Taubenhäusern zwar als eine tierschutzkonforme Methode angesehen, die sowohl der Versorgung der Stadttauben dient, als auch zu einer Regulierung der Taubenzahl beitragen kann.

Es gibt jedoch Schwerwiegendes vorab zu bedenken:

- Taubenhäuser sind dauerhaft mit nicht unerheblichem Kosten- und Arbeitsaufwand verbunden.
- Von der Anwohnerschaft akzeptierte Aufstellorte sind kaum zu finden.
- Aus der Praxis gibt es zunehmend Berichte, dass das dauerhafte Betreiben von Taubenhäusern aus praktischen Gründen oft scheitert.
- Die aktuelle Situation in Leverkusen wird von hier aus so eingeschätzt, dass es gegenwärtig an keiner Stelle eine besonders große Stadttauben-Population gibt.
- Zusammenfassend wird aus genannten Gründen hier die Perspektive für zentrale Taubenhäuser insgesamt nicht positiv gesehen. Stattdessen könnten dezentrale Einzelmaßnahmen eher zielführend sein.

a)

Wurde seitens der Stadt auf Kooperationsangebote des ansässigen Tierschutzvereins eingegangen, oder ist dies geplant?

Stellungnahme:

Es laufen zurzeit verschiedene Initiativen:

- Eine Initiative eines Vereins zur Anfütterung und Hilfe für verletzte Tauben ist von Seiten der Stadt ermöglicht worden.
- Die Übernahme des Taubenturmes „Schusterinsel“ durch den ansässigen Tierschutzverein wurde geprüft, wurde aber wegen zu hoher Transport- und Abbaukosten verworfen. Stattdessen wird die Einrichtung einer Haltungseinheit für Stadtauben vom Betreiber des Tierschutzzentrums geprüft.
- Eine Kooperation zur Taubenbetreuung zwischen einer Immobilienverwaltung und dem ansässigen Tierschutzverein wurde in die Wege geleitet. Ein Ergebnis steht aus.

Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Verbindung mit Gebäudewirtschaft, Umwelt und Ordnung und Straßenverkehr

30.07.2025

Mitteilung

Sachstand Sperrung Buswendeschleife Schlebusch, Stadtbahn

Seit Oktober 2023 ist die Buswendeschleife an der Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 4 gesperrt und kann nicht mehr von den Buslinien der wupsi GmbH genutzt werden. Seitdem fahren die Buslinien 202, 205, SB26 und N22 die eingerichteten Ersatzhaltestellen „Am Junkernkamp“ und auf dem Dünnwalder Grenzweg an. Hintergrund ist eine Baumaßnahme der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB). Die Buswendeschleife wurde von der KVB zunächst als Baustelleneinrichtungsfläche für den Neubau der Bahnsteige, des Unterwerks und der Technikgebäude sowie des Fahreraufenthaltsraums genutzt. Ursprünglich waren die Bauarbeiten bis November 2024 geplant. Seitdem wurde die Baumaßnahme mehrfach verlängert und zuletzt ein Abschluss der Baumaßnahmen für Ende dieses Jahres seitens der KVB kommuniziert. Vor dem Hintergrund der abermaligen Verlängerung der Bauarbeiten und des offenkundig nur schleppenden Baufortschritts in der Buswendeschleife sowie der weiterhin bestehenden negativen Auswirkungen für die Fahrgäste durch längere Umsteigewege der Anwohnenden im Dünnwalder Grenzweg und Am Junkernkamp durch die Einbahnstraßenregelung und Einrichtung von Halteverbotten, ist die Verwaltung an die Stadt Köln herangetreten und hat um Auskunft nach den Gründen der fortdauernden Verzögerungen der Baumaßnahme Schlebusch, Stadtbahn gebeten sowie um Mitteilung, wann mit der Fertigstellung der Buswendeschleife zu rechnen ist.

Die KVB teilte hierzu mit, dass es aus verschiedenen Gründen zu Verzögerungen beim Umbau der Wendeschleife gekommen ist, die in einem schlechten Erhaltungszustand war und nicht mehr nutzbar ist. Zunächst musste eine Klärung der Finanzierung mit der Stadt Köln herbeigeführt werden, danach wurde die Planung und Ausschreibung des Komplettumbaus der Wendeschleife fertiggestellt. Aktuell besteht noch Abstimmungsbedarf wegen der Regenentwässerung. Die Planungen für eine sogenannte Rigolenentwässerung befinden sich in Prüfung durch die Stadtentwässerungsbetriebe Köln und müssen anschließend mit der Unteren Wasserbehörde der Stadt Köln abgestimmt werden. Sofern es nicht zu weiteren Verzögerungen kommt, könnte die neue Buswendeschleife Ende des Jahres 2025 in Betrieb gehen.

Da es sich um eine Baumaßnahme der KVB handelt, hat die Verwaltung keinen Einfluss auf den weiteren Fortgang dieses Projekts. Die Verwaltung wird diesbezüglich aber weiterhin mit der Stadt Köln bzw. der KVB im Austausch bleiben und informieren, sobald es einen neuen Sachstand gibt.

Mobilität und Klimaschutz

17.07.2025

Mitteilung

Bericht des Dezernenten, von Herrn Stadtkämmerer Molitor, aus seinem Geschäftsbereich in der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 23.06.2025

Herr Stadtkämmerer Molitor informiert den Ausschuss wie folgt:

Gewerbsteuer:

Aktuell sind Sollstellungen i. H. v. ca. 177,5 Mio. € erfasst. Denen stehen aktuell aber auch Abgänge i. H. v. ca. 64,4 Mio. € gegenüber.

Somit beläuft sich das derzeitige Anordnungssoll auf 113,1 Mio. € bei einem Planansatz von 180 Mio. €. Dies entspricht einer Quote von ca. 62,8 %.

Darüber hinaus verweise ich auf die Ausführungen im aktuellen Controllingbericht, den ich Ihnen mit der Vorlage Nr. 2025/3314 heute vorgelegt habe. Dort gibt es weiterführende Aussagen zum Bereich der Gewerbsteuer.

Grundsteuer:

Insgesamt 846 Posteingänge, davon 624 Widersprüche und 82 Widersprüche + Aussetzung der Vollziehungsanträge, der Rest sind sonstige Anfragen oder Aufhebungen in Papierform seitens des Finanzamtes Leverkusen.

Insgesamt wurden von den 846 aktuell 834 Poststücke bereits bearbeitet. Die restlichen Fälle befinden sich in der Bearbeitung/Klärung. Das Postaufkommen lässt immer deutlicher nach.

Entgegen dem Anfang des Jahres können mittlerweile die eingehenden Datensätze des Finanzamtes zeitnaher bearbeiten werden und es gab auch keine größeren rückwirkenden Nachveranlagungen mehr, weshalb sich das bereits abgezeichnete Bild weiter verstärkt: dDas Messbetragsvolumen geht immer weiter nach unten.

In Zahlen:

Messbetragsvolumen zum Stand 17.06.2025

Grundsteuer A:	13.218,90 €
Grundsteuer B:	5.566.253,11 €

Hierdurch ergibt sich folgende Höhe an Veranlagung von Grundsteuer 2025 zum Stand 17.06.2025

Grundsteuer A:	49.570,87 €
Grundsteuer B:	41.746.898,30 €

Der Verlauf der Veranlagung Grundsteuer B zeigt deutlich, wie es immer weiter nach unten geht:

12.05.2025:	41.798.143,37 €
19.05.2025:	41.785.063,47 €
26.05.2025:	41.769.867,87 €
02.06.2025:	41.770.227,20 €
10.06.2025:	41.757.985,99 €
16.06.2025:	41.746.898,30 €

Der Planansatz im Entwurf des Haushaltes 2025 beläuft sich auf 40,98 Mio. €. Dasselbe Bild zeigt sich bei Grundsteuer A, jedoch natürlich in kleineren finanziellen Dimensionen.

Gesetzentwurf für Altschuldenlösung:

Mit dem am 13. Mai 2025 durch das Landeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur anteiligen Entschuldung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, der im Juli 2025 nach der Beratung des Landtags endgültig beschlossen werden soll, wird auch für Leverkusen die Hoffnung verknüpft, dass eine spürbare finanzielle Entlastung eintritt.

Durch das Liquiditätsmanagement des Fachbereichs Finanzen werden bereits die über den Gesetzesentwurf veröffentlichen Grundlagen und die für das Antragsverfahren erforderlichen Tatbestandsvoraussetzungen geprüft und erarbeitet, damit eine fristgerechte Teilnahme erfolgen kann. Der erforderliche Beschluss des Rates, der für die Antragsberechtigung und -stellung erforderlich ist, wird rechtzeitig und zeitnah nach der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes eingeholt.

Kassenkredite:

Diese betragen (Stichtag 20.06.2025) aktuell **890,4 Mio. €**, zum Vorjahreszeitpunkt standen **566,9 Mio. €** in den Büchern.

Das stellt eine Verschlechterung zum Vorjahr i. H. v. **323,5 Mio. €** dar. Die Höchstsumme der Kassenkredite 2025 beträgt 950 Mio. €, siehe Vorlage Nr. 2025/3228.

Somit entspricht die heutige Summe einer Quote der Inanspruchnahme von ca.

93,73 %. Daher wird die Verwaltung im Sommer eine weitere Vorlage einbringen, um den Gesamtbetrag der Liquiditätskredite anzupassen.

Der aktuelle Wert stellt auch den bisherigen Jahreshöchstwert bzw. den höchsten Wert seit über fünf Jahren dar.

Auch hier verweise ich auf die Ausführungen im Bericht zum Zins- und Schuldenmanagement der Stadt Leverkusen, den ich Ihnen mit der Vorlage Nr. 2025/3360 heute vorgelegt habe. Dort gibt es weiterführende Aussagen zu den Kassenkrediten.

Dezernat für Finanzen und Digitalisierung

28.07.2025

Mitteilung

Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 (inkl. des Haushalts sicherungskonzepts 2025 bis 2035) und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2028 der Stadt Leverkusen

Nachfolgende Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter*innen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 (inkl. des Haushalts sicherungskonzepts 2025 bis 2035) und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2028 der Stadt Leverkusen der Stadt Leverkusen anlässlich der Ratssitzung am 07.07.2025 sind dieser Mitteilung als Anlagen 1 - 10 beigelegt:

1.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Rh. Stefan Hebbel

2.

Die Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Rf. Milanie Kreutz wurde frei gehalten. Die Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen vom 07.07.2025 ist via Rats-TV auf der städtischen Homepage (<https://www.leverkusen.de/rathaus/politik-verwaltung/stadtrat-live>) unter „TOP Haushaltsrede SPD Rf Kreutz (SPD)“ anzusehen.

3.

Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rf. Claudia Wiese

4.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜRGERLISTE, Rh. Karl Schweiger

5.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Opladen Plus, Rh. Markus Pott

6.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion, Rh. Yannick Noe,

7.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion, Rh. Jörg Berghöfer

8.

Rede des Rh. Keneth Dietrich, DIE LINKE

9.

Rede des Rh. Benedikt Rees, Klimaliste Leverkusen

10.

Rede der Rf. Gisela Kronenberg, parteilos

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Anlagen 1-10

Sperrfrist: 07.07.2025, Beginn der Haushaltsreden

Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Stefan Hebbel

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Bürgerinnen und Bürger von Leverkusen, hier im Ratsaal oder zuhause im Live-Stream,

wer heute in diesen Haushalt blickt, sieht keine solide Grundlage für die Zukunft unserer Stadt. Was wir sehen, ist ein Scherbenhaufen – verursacht durch fatale Fehleinschätzungen und eine Führungsschwäche an der Spitze dieser Stadtverwaltung. Der Oberbürgermeister und der Kämmerer sprechen von äußeren Umständen, von Krise, Krieg und Inflation. Aber die ganze Wahrheit ist: Unabhängig von der rein wirtschaftlichen Situation ist diese Finanzkatastrophe hausgemacht.

I. Leverkusen ist in der tiefsten Haushaltskrise seiner Geschichte

Die Stadt Leverkusen steuert im Direktflug auf einen finanziellen Kollaps zu. Allein für das Jahr 2025 weist der Haushalt ein originäres Defizit von rund 270 Millionen Euro aus. Und es kommt noch schlimmer: Bis 2028 werden sich die Fehlbeträge auf insgesamt über 986 Millionen Euro aufsummieren. Das heißt konkret: Unser Eigenkapital – 331 Millionen Euro – ist schon Ende 2025 vollständig aufgebraucht. Danach folgt nichts – außer der Absturz in die Überschuldung

Und das ist kein Schreckensszenario, das wir hier alleine malen. Das sind die eigenen Zahlen, die uns die Kämmererei vorgestellt hat. Diese Zahlen sind nicht einfach schlecht – sie sind desaströs.

II. Gewerbesteuerbruch – ein Risiko, das ignoriert wurde

Seit Monaten verweist OB Richrath auf den dramatischen Einbruch der Gewerbesteuer. Und ja – dieser Rückgang ist real. Was Sie aber verschweigen: Diese Entwicklung kam nicht überraschend. Schon 2023 gab es Warnsignale. Schon damals lagen die Einnahmen deutlich unter Plan. Wir haben damals ihren Daten vertraut, Herr Oberbürgermeister. Das war ein fataler Fehler.

Und statt auf diese Warsignale einzugehen, wurden die Haushaltsansätze für die Gewerbesteuer 2024 und 2025 munter mit 395 Millionen Euro fortgeschrieben – als sei die Welt in Ordnung. Leider Wunschdenken.

Erst als es nicht mehr anders ging, wurde im August 2024 die Notbremse gezogen – zu spät, zu zögerlich, zu verantwortungslos. So geht man mit den Finanzen einer Großstadt nicht um, Herr Oberbürgermeister. Das ist verantwortungslos. Sie haben aus den Fehlern nichts gelernt.

III. Massiver Personalaufwuchs – ohne nachhaltige Steuerung

Gleichzeitig erleben wir eine beispiellose Ausweitung der städtischen Verwaltung. Von 2021 bis 2025 wurden 828 neue Stellen geschaffen. Allein in diesem Jahr nochmals knapp 84 zusätzliche Planstellen – mit den entsprechenden Folgekosten für Gehälter, Sozialleistungen, IT und Infrastruktur .

Natürlich gibt es Aufgaben, die neue Stellen erforderlich machen. Aber was wir hier feststellen dürfen, ist ein beispielloser Aufwuchs. Ein durchgängiges Steuerungskonzept? Fehlanzeige. Stattdessen: Ad-hoc-Beschlüsse, ständig neue „Projekte“, wilder Aktonismus und eine überbordende Bürokratie – aber keine Priorisierung, keine klare Strategie. Genau das aber braucht Leverkusen in der prekären Situation, in der sie sich befindet. Ein weiter so hält Leverkusen nicht aus. Wir haben Ihren Kurs bereits in früheren Jahren immer wieder kritisiert. Ich habe in vergangenen Haushaltsreden immer wieder darauf hingewiesen, dass wir nur mit einem mehr an Personal die Aufgaben der Zukunft nicht lösen werden. Und auch die Gemeindeprüfungsanstalt macht in ihrem neuesten Bericht deutlich klar. Das Personalcontrolling in Leverkusen ist unzureichend.

Herr Oberbürgermeister, Sie als Personaldezernent produzieren Personalkostensteigerungen in Millionenhöhe – ohne belastbare Wirtschaftlichkeitsanalysen, ein blindes Umherirren. Was unsere Verwaltung bitter nötig hat, ist ein klarer Weg mit Strategie für das Personal. Eine Führungsebene, mit der man gemeinsame Ziele festlegt und erreichen kann. Die dafür eine bedarfsgerechte und vorausschauende Planung, einen klaren Weg aufzeigt. Das ist es, was ein Personaldezernent für seine qualifizierten und motivierten Mitarbeitenden tun muss.

IV. Fehlende Haushaltsdisziplin – kein Sparwille erkennbar

Was unternimmt der amtierende Oberbürgermeister gegen die drohende Pleite? Ein paar globale Minderaufwände. Sie haben viele einzelne Sparvorschläge zusammengestellt, aber ohne weitsichtigen Blick auf Wechselwirkungen. Z. B. bei den Kürzungen bei der Entsorgung wilden Mülls oder im Sozialbereich, wie bei der eigenen Tochter, der JSL. Aber ein strukturelles, nachhaltiges Sparprogramm? Fehlanzeige.

Das Haushaltssicherungskonzept, auf das Herr Oberbürgermeister stets verweist, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als nicht geeignet: 795 Millionen Euro sollen bis 2035 eingespart werden. Das reicht bei Weitem nicht, um die Lücke von knapp 3 Milliarden Euro zu schließen.

V. Investitionspolitik ohne finanzielle Grundlage

Und während das Eigenkapital schmilzt wie Eis in der Sonne, plant die Verwaltung für 2025 Investitionen in Höhe von 188 Millionen Euro – inklusive Verpflichtungsermächtigungen über 275 Millionen .

Natürlich brauchen wir Investitionen – in Schulen, Straßen, Sicherheit. In die Zukunft unserer Stadt. Aber die Investitionen müssen auch verausgabt werden können. Sonst belasten sie nur den Haushalt.

Wo wir gerade bei Investitionen in Schulen sind. Da brauchen wir so viele Alternativen wie möglich. Den Eltern ist es egal, wer die Schulen saniert oder baut. Wir müssen nur endlich bauen! Wir können die Schulbauten nicht noch weiter auf die lange Bank schieben und unsere Kinder vertrösten. Es wird Zeit, endlich tätig zu werden – worauf unsere Schülerinnen und Schüler seit Jahren, teilweise seit weit über einem Jahrzehnt

warten. Deswegen haben wir mit unserem Antrag eine neue Möglichkeit eingebracht. Wir wollen die beiden Förderschulen und die GGS Kirchfeld nicht – wie in der Vorlage aus dem Jahr 2024 der Bauverwaltung - über einen Totalunternehmer realisieren, sondern über eine Tochter der städtischen Gesellschaft LEVI. Wir möchten eine Schulbaugesellschaft gründen die ich ausschließlich um den Bau dieser Schulen kümmert. Und ich appelliere direkt an die Mitarbeitenden der Bauverwaltung: Wir möchten Ihnen hier nichts wegnehmen. Aber diese drei Schulen wollte die Bauverwaltung schon im letzten Jahr nicht selbst bauen, weil da auch schon das Geld und das Personal fehlte. Ich möchte einen anderen Weg beschreiten, lassen Sie uns die Schulbauten gemeinsam in Angriff nehmen.

VI. Verwaltungskultur ohne Mut zur Wahrheit

Meine Damen und Herren, was mich besonders erschüttert: Es gibt in dieser Stadtspitze keinen Willen zur echten Selbstkritik. In der Rede des Oberbürgermeisters vermisst man jeden Anflug von Verantwortung für diese Haushaltskatastrophe. Stattdessen hören wir: Der Bund ist schuld. Die Energiepreise sind schuld. Der Chempark ist schuld. Die Welt ist schuld.

Aber nicht einmal ein Satz dazu, dass man über Jahre zu hohe Erwartungen an die Gewerbesteuer hatte. Kein Wort dazu, dass man bewusst Risiken eingegangen ist, um die eigene Politik durchzusetzen. Keine Entschuldigung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die diese Fehler jetzt bezahlen müssen – spürbar - mit weniger Leistungen, höheren Gebühren und dem Verlust von Gestaltungsspielraum.

Naja, zumindest der Fachbereich Digitalisierung wurde kurzfristig mal zur Chefsache erklärt. Aber das war auch schon mal unser Vorschlag, denn hierin liegt eine echte Chance, das Personal dauerhaft zu entlasten und nicht immer weiter neue Stellen aufbauen zu müssen.

Aber leider wird bei unserem Oberbürgermeister das Thema Digitalisierung nur vorübergehend zu TOP-Priorität. Für mich ein zu schwaches Signal. Digitalisierung wäre bei mir definitiv und dauerhaft in der Verantwortung der obersten Führung. Und nebenbei bemerkt: Es verändert sich auch nichts, wenn man oben nur die Verantwortlichkeit wechselt, aber nicht an den Strukturen arbeitet. Insoweit wirklich kein echter Neustart.

VII. Leverkusen braucht jetzt einen Neuanfang

Meine Damen und Herren,

was Leverkusen jetzt braucht, ist kein ideenloses „Weiter so“ mit warmen Worten und leeren Versprechen. Leverkusen braucht endlich einen Neuanfang. Mit einer klaren Prioritätensetzung, Struktur und einem hohen Gespür für die Belange von Industrie, Wirtschaft und für die Menschen dieser Stadt.

Deswegen werden wir dem Haushalt nicht zustimmen, sondern vielmehr – jetzt noch nicht, denn die anderen wollen ja auch noch reden, aber später – eine Vertagung des Haushaltes in den Septemberturnus beantragen.

Dieser Rat muss mit allen verantwortungsbewussten Kräften der Stadtgesellschaft den Weg in eine wirklich nachhaltige Haushaltsführung gehen. Das bedeutet:

- Ein echtes Stellenmoratorium – Neueinstellungen werden wirtschaftlich betrachtet nur auf Einzelantrag verantwortungsvoll im Personalausschuss entschieden.
- Echte Aufgabenpriorisierung – Ich setze hier auch Hoffnungen in den Untersuchungsprozess der PD.
- Digitalisierung mit Einsparziel – Verwaltungsmodernisierung muss nicht nur schneller, sondern Prozesse auch günstiger machen
- Verwaltungsleistungen können wir von anderen Kommunen lernen und gegenseitig abschauen, bei wem es gut funktioniert. Und wenn wir was Gutes in petto haben, sollten wir das auch anbieten. Nur gemeinsam kommen wir – auch in Leverkusen - weiter
- Transparenz und Ehrlichkeit – offene Kommunikation über die Haushaltssituation, die Sparmaßnahmen und Alternativen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Stadt.

VIII. Gemeinsam aus der Krise – mit Verantwortung und Führung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir stehen seit fast einem Jahr vor der größten finanzpolitischen Herausforderung seit Bestehen unserer Stadt. Bisher wurde nicht viel seitens der Verwaltungsspitze zur Verbesserung in Angriff genommen. Meine Fraktion und ich sehen es aber so: Jede Krise ist auch eine Chance. Eine Chance, ausgetretene Wege endlich zu überdenken, marode Stellen auszubessern oder neue Wege zu finden. Wir müssen jetzt gemeinsam über Parteigrenzen hinweg Verantwortung übernehmen. Wir haben jetzt die Chance, Vertrauen zurückzugewinnen.

Ich werde mit Ihnen gemeinsam diese Verantwortung übernehmen und weiter mit Mut und Elan im Sommer nach Lösungen suchen. Das sind wir Leverkusen und unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Noch ein persönliches Wort: Ich danke ausdrücklich allen Mitarbeitenden in der Kämmerei, die in diesen schwierigen Zeiten unermüdlich daran arbeiten, den Haushalt hinzubekommen, allen voran Herrn Frings, Herrn Capitain, Frau Leopold, aber auch allen anderen.

Zum Schluss: Einige von Ihnen werden bereits vernommen haben, dass sich Michael Molitor mit einem Brief an den Oberbürgermeister gewandt hat.

Ich möchte gerne auf einige Passagen eingehen:

Wir haben Michael Molitor zu Beginn dieser Ratsperiode mit großer Mehrheit zum Dezernenten gewählt, weil er durch seine vorherige Arbeit mit den Parteien großen Respekt genoss. Er war unser aller Dezernent. Jetzt, wo es nicht mehr so gut läuft, ist er wieder der Dezernent der CDU, aber damit kann ich leben.

Nach seinem schweren Autounfall hat er – so kann man es dem Brief entnehmen – seinem Herzen Luft verschafft und ein paar Dinge ganz klar angesprochen. So schreibt er:

„Seit etwas mehr als einem Jahr hat sich die Lage für mich drastisch geändert. Ich habe um des lieben Friedens willen, sehr viel schlucken müssen. Dazu bin ich ab sofort nicht mehr bereit.“

Meine Fähigkeit, mich auch selbst zu hinterfragen, die leider in meinem Umfeld nur wenig verbreitet ist, lässt mich nach meinem Unfall erkennen, dass ich nicht mehr in der Lage sein werde, mein Amt bis zum 31.03.29 so auszufüllen, wie es die Zukunft dieser Stadt erfordert.

Ich habe Ihnen gegenüber zwar die Verantwortung dafür übernommen, dass ich bei der sehr schwierigen Haushaltslage aus heutiger Sicht zu spät diese Lage im ersten Halbjahr 2024 erkannt und zu intransparent kommuniziert habe. Diese Verantwortung verbal zu übernehmen, ohne weitere Konsequenzen anzubieten, reicht aber nicht aus.“

Weiter schreibt er:

„Die letzten eineinhalb Jahre waren die für mich persönlich belastendsten Jahre meines bisherigen Berufslebens, die schwer an meiner Gesundheit gezehrt haben. Und dies nicht, weil es zu einer bisher nicht dagewesenen Haushaltskrise gekommen ist. Das hätte ich wegstecken können, wenn innerhalb der Führungsspitze der Verwaltung aber auch mit den Mehrheitsfraktionen eine vertrauensvolle am Wohl der Stadt orientierte Zusammenarbeit möglich gewesen wäre. Das war sie aber nicht!

Noch bevor es überhaupt zu einer Haushaltskrise kam, wurde ich von Frau Deppe, gestützt durch den OB und schließlich durch den restlichen VV immer wieder unter Druck gesetzt, mich in der Auseinandersetzung zwischen ihr und Herrn Krischick auf die Seite der Verwaltung zu schlagen und dies entgegen meiner Überzeugung.

Niemand außer mir kann die Arbeit von Herrn Krischick und seinem Team in der SWM heute LEVI besser beurteilen als ich.

Herr Krischick ist nicht nur äußerst fleißig, verhandlungsstark, kreativ und fachkompetent, sondern teilt mit mir die Fähigkeit und den Willen, immer über den eigenen Tellerrand seiner Zuständigkeit hinauszuschauen und alles aufzugreifen, wo er auch nur im Ansatz Dinge erkennt, die der Stadt Leverkusen und ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Vorteil bringen, insbesondere in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt. Ich war und bin immer wieder erstaunt, welche Netzwerke er hat, die er für diese Stadt „spielen“ kann.“

„Es war für die Stadt Leverkusen ein Glücksfall damals Herrn Krischick als Geschäftsführer gefunden zu haben. Er wird mit seinem Team und eine starke Unterstützung aus der Politik die großen Themen, die sie der LEVI bzw. der LPG durch Ratsbeschluss übertragen haben oder auch zukünftig übertragen werden, meistern.

Ich werde ihn in der Sache bis zum letzten Tag meiner Dienstzeit aktiv unterstützen und mich dabei von niemandem aus der Verwaltung mehr behindern lassen.“

Ich wünsche mir allerdings, dass die Verwaltung und die LEVI/LPG zukünftig sachlich und vertrauensvoll zusammenarbeiten werden, denn das gemeinsame Ziel muss die Entwicklung dieser Stadt zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger sein.

Und noch eins möchte ich an dieser Stelle betonen. Spielen sie bitte nicht immer die Projekte der LEVI bzw. der LPG gegen Schulen und Kita's aus.

Wir können uns gute Schulen in sanierten und neuen Gebäuden langfristig wirtschaftlich nur leisten, wenn wir gleichzeitig alles unternehmen, um den Wirtschaftsstandort Leverkusen leistungs- und wettbewerbsfähig zu halten. Dafür benötigen sie auch die Unterstützung aller städtischen Gesellschaften.“

„Wenn sie einen so anspruchsvollen Job übernehmen, wie den eines Kämmerers und Konzernsteuerers, und wie ich, die Überzeugung teilen, dass dies nur in einem guten vertrauensvollem Miteinander mit der Mehrheit des Rates funktionieren kann, benötigen sie auch Menschen, mit denen sie dies auf einer persönlichen Ebene hinkommen.“

„Hier möchte ich, Dich lieber Stefan, an erster Stelle nennen.

Als politischer Dezernent, der Deiner Partei, der CDU, seit über 40 Jahren angehört, habe ich als Mitarbeiter dieser Stadt, immer breite Unterstützung durch die große Mehrheit Deiner Fraktion bis heute erfahren. Obwohl ich Dir in einem persönlichen Gespräch genauso wie Herrn Richrath in einem persönlichen Gespräch erläutert habe, dass ich mich aus der politischen Auseinandersetzung zwischen Euch beiden strikt heraushalten werde, hast Du mir meine durch das Beamtentum geprägte Haltung nie übel genommen.

Als jemand, der schon seit jungen Jahren mit dem politischen Geschäft vertraut ist und dem niemand hier im Rat diesbezüglich etwas vormachen kann, hatte ich natürlich Verständnis dafür, dass auch Du und Deine Fraktion mich in meiner Amtsführung angreifen mussten und müssen.

Bei Dir Stefan, weiß ich aber, dass du immer nur das Amt kritisierst, aber nicht wie manch anderer in diesem Rat, mich als Person gemeint hast. Für diese Anständigkeit bin ich Dir sehr dankbar.“

Zu Milanie Kreutz schreibt er:

„Umso mehr, liebe Milanie, hat mich Dein politisches Schicksal persönlich bis ins Mark getroffen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar und emotional unerträglich, wie Teile Deiner SPD mit Unterstützung meines Oberbürgermeisters Dich so kalt abgesägt haben. Dich als starken Player für die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in der für Deutschland so bedeutenden Sozialdemokratie in der neuen Wahlperiode nicht mehr an meiner Seite zu wissen, erleichtert es mir zusätzlich, um meine Abwahl zu bitten.“

Die für mich sehr belastenden letzten 18 Monate hätte ich bis heute nicht durchgestanden, wenn ich nicht auf so kompetente, fleißige, persönlich integere und menschliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Führungsebenen und in meinem unmittelbaren Umfeld meines Dezernates getroffen wäre.

Stellvertretend für alle möchte ich an dieser Stelle Heike Leopold, Daniel Capitain und Silvia Krüger nennen. Danke, dass ihr mich immer wieder aufgefangen habt, wenn mir die Kräfte zu versagen drohten.

Da sie heute den Haushalt beraten, möchte ich an dieser Stelle nochmals meinem Wunsch Ausdruck verleihen, einem Haushalt 2025 sowie dem dazugehörigen HSK und dem Stellenplan zuzustimmen.

Ich verstehe Ihren Beratungsbedarf, aber appelliere trotzdem an sie, die von ihnen gewünschten Änderungen über den Sommer und Herbst abschließend zu beraten, und dann zu einer positiven Entscheidung zu kommen.

Damit die Kämmerer ausreichend Zeit hat, ihre mehrheitlich beschlossenen Änderungen in den Haushalt und in das HSK einzuarbeiten, könnte ich mir für die Beschlussfassung im Rat zum Beispiel den 27.10.25 als neuen Termin vorstellen. In dieser Sitzung könnten sie mich dann auch abberufen.

Somit schaffen sie für den neuen Rat und für eine Nachfolgerin bzw. Nachfolger ab 2026 in meinem Amt die Voraussetzungen, tatkräftig in eine neue hoffentlich sehr erfolgreiche Ratsperiode einzusteigen.

Lieber Stefan, als Vorsitzender der stärksten Fraktion im Rat, die gleichzeitig meine politische Heimat ist, bitte ich Dich, ab sofort die notwendigen Unterschriften einzusammeln, um den Antrag auf meine Abwahl formal einzuleiten. Ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag auf eine breite Zustimmung im Rat trifft. Dabei ist es mir egal, ob sie diesen Antrag unterschreiben, weil sie sich freuen, mich bald loszuwerden oder ob sie diesen Antrag unterstützen, weil sie mich und meine Gesundheit aus langjähriger persönlicher Verbundenheit zu mir schützen wollen. Es ist nur eine Unterschrift ohne Motivforschung.“

Meine Damen und Herren, dieser Brief sollte uns deutlich machen, was hier eigentlich unsere Verantwortung ist: Gemeinsam zum Wohle dieser Stadt handeln. Michael Molitor hat mich persönlich um Vorbereitung seiner Abwahl gebeten. Ich werde dem entsprechen. Denn das ist auch ein Akt der Fürsorge. Aber ich möchte an der Stelle sagen, dass ich hohen Respekt vor diesem sicher sehr schwierigen Schritt habe, den Michael Molitor hier gegangen ist.

Um die wirtschaftliche Lage für diese Stadt auf einem langen Weg nach vorne wieder zu drehen, bedarf es eines Kämmerers, der den vollen Rückhalt in Politik und Verwaltungsvorstand hat, der selbst noch die Kraft für diesen Weg hat und der eine lange Zeit im Amt bleiben kann.

Der nicht nur knallhart saniert, sondern auch einen Blick für die Stadt hat und der uns wieder in die Richtung von soliden Finanzen führt.

Und jemand, der von außen kommt. Für eine interne Lösung bin ich nicht zu haben.

Ich danke Ihnen.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Sven Weiss

Geschäftsführer

Geschäftsstelle

Mülheimer Str. 7A

51375 Leverkusen

Tel.: +49 (214) 50 33 08

Fax: +49 (214) 31 19 87 90

fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 07. Juli 2025

Haushaltsrede 2025: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktionsvorsitzende Claudia Wiese

Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Dezernentin und Dezernenten sowie Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, sehr geehrte Kolleg*innen im Rat und der lokalen Medien, liebe Bürgerinnen und Bürger,

es ja eigentlich schön, optimistisch zu sein. Aber Optimismus darf nicht zu Scheuklappen führen. Darf nicht dazu führen, dass man mit Gottvertrauen einfach hofft: „Es wird schon alles nicht so schlimm werden.“ Oder sogar: dass man sich und anderen etwas vormacht.

Genau das ist aber in Leverkusen passiert – und genau das hat uns in die aktuelle Lage gebracht.

Was hätte passieren können

Ich nehme Sie mal mit zurück: Ende 2023. Das gab doch schon klare Signale, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich sinken würden. Vor allem die Chemieindustrie, das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt, steckte da bereits in einer Krise. So stand es ja auch im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes.

Ich war im Oktober '23 selbst bei einem Treffen in den Räumen der Wirtschaftsförderung dabei, wo uns die Vertreter der Chemie-Industrie gesagt haben: So ein Tief haben wir noch nicht erlebt.

Was hätte also Anfang 2024 in der Verwaltung passieren müssen?

Der Oberbürgermeister hätte damals – mit kühlem Kopf und klarem Blick – die Weichen stellen müssen für einen möglichen Sparkurs.

Herr Richrath, es wäre Ihre Pflicht gewesen, frühzeitig zu handeln, um die Verwaltung vorzubereiten und gemeinsam mit uns im Rat Prioritäten festzulegen, denn Sie sind der Chef der Verwaltung.

Doch das ist nicht geschehen. Stattdessen haben Sie wertvolle Zeit verschenkt. Und wenn wir ganz genau hingucken, wenn man den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt genau liest, steht da sogar drin: Sie hätten das Desaster noch früher kommen sehen können. Denn der Haushalt der Stadt Leverkusen hatte schon davor vor allem deswegen einen Überschuss, weil das Land NRW wegen der Pandemie und des Ukraine-Kriegs den Kommunen einen Bilanztrick ermöglicht, hat. Ich weiß, andere Städte haben auch in diese Trickkiste gegriffen – aber Leverkusen ganz besonders tief.

Also: Dass unsere Stadt 2023 ganz gut dastand, lag also nicht etwa daran, dass die Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes so viel Geld in die Kassen der Stadt gespült hätte! Ob das alles so klug war, und ob Leverkusen diesen Weg wirklich weiter gehen sollte, wird sich noch zeigen.

Stattdessen stellt es unser Oberbürgermeister nach wie vor so dar, als hätte ein Brückentrompreis die Finanzen der Stadt retten können. Alle Wirtschaftsvertreter, mit denen ich seitdem gesprochen habe, sagen klar: Das wäre hilfreich gewesen, und auch die GRÜNEN im Bund haben sich ja dafür eingesetzt. Aber der Brückentrompreis hätte den Haushalt der Stadt doch nicht gerettet!

Rückblickend müssen auch wir in der Politik uns an die eigene Nase greifen: Auch wir waren Anfang 2024 zu hoffnungsvoll. Wir haben darauf vertraut, dass die Verwaltungsspitze die Finanzen im Blick hat. Da lagen wir leider falsch. Entweder wollten Sie, Herr Richrath, die Signale nicht hören – oder sie waren nicht dazu in der Lage. Beides wäre schlimm.

Die Task Force und was möglich gewesen wäre

Bis ganz zum Schluss, bis es wirklich nicht mehr anders ging, haben der Oberbürgermeister und der Kämmerer sich selbst eins in die Tasche gelogen und geglaubt, dass alles irgendwie noch gut werden könnte. Dazu gehört auch die irre Idee, eine große Versicherung und ein anderes Unternehmen würden sich in Leverkusen ansiedeln und noch im Jahr 2024 hundert Millionen Euro Gewerbesteuer bringen! Hier habe ich das Gefühl, wir sind als Politik getäuscht worden von Prognosen, die niemals haltbar waren.

Jetzt erst, fast ein Jahr nach der Haushaltssperre wurde eine Art Krisenstab eingerichtet. Das hätte man früher haben können. Denn genau das war ja unser Gedanke: Als im August letzten Jahres die Haushaltssperre kam, haben wir GRÜNE dafür plädiert, dass eine Task Force eingerichtet wird – ein Krisenstab!

Wenn das erfolgreich gelaufen wäre, hätten wir in dieser Task Force gut zusammengearbeitet, und mit „wir“ meine ich nicht nur Politik und Verwaltung, sondern auch Vertreter*innen der

Wirtschaft und von externen Beratungsunternehmen – und wir wären jetzt schon etliche Schritte weiter.

- Wir hätten ein klareres Bild darüber, wo wir im großen Stil sparen können, anstatt im Klein-Klein zu wurschteln.
- Und wir wüssten besser, wie wir endlich weiterkommen bei den dringend nötigen Schulbauten und Schulsanierungen – wo wir uns doch alle einig sind, dass genau das so wichtig ist!

So aber stehen wir jetzt vor einem Haushaltsentwurf, der einfach keine Perspektive bietet.

Fehlende Transparenz und keine Strategie

Bis heute fehlt eine gesamtstädtische Finanzierungsstrategie. Ein bisschen hier kürzen, ein bisschen dort schieben – es gibt nach wie vor keinen großen Wurf!

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wie der Weg aussehen soll, um Leverkusen finanziell wieder handlungsfähig zu machen.

Das ist die Transparenz, die ich erwarte. Die wir erwarten.

Beispiele für falsches Management

Und wir GRÜNE wollen nicht nur über das Sparen nachdenken. Wir haben auch einen wichtigen Beitrag geliefert, um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen: Wir haben eine Beherbergungssteuer gefordert – eine Maßnahme, die in vielen Städten längst umgesetzt wird. Da muss man sich schon fragen: Warum kommen solche Ideen eigentlich nicht von der Verwaltung selbst?

Unser Vorschlag für eine Beherbergungssteuer wurde dann ja auch gleich in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen, obwohl er ja noch gar nicht beschlossen wurde. Das zeigt doch die ganze Hilflosigkeit.

Auf der anderen Seite gibt es bis heute für diese Steuer kein inhaltliches Konzept. Und offenbar gab es noch nicht einmal Gespräche mit der DEHOGA, dem wichtigsten Branchenverband, bevor die Steuer ins HSK eingearbeitet wurde. Hier werden Überschriften produziert, statt ernsthaft an der Umsetzung zu arbeiten!

Ziel: Kein Minus von 150 Millionen Euro

Wir brauchen ein Haushaltssicherungskonzept, das diesen Namen auch verdient.

Mit dem Ziel, dass die Stadt nicht nach zehn Jahren – zehn Jahren! – noch immer ein erwartetes Minus von satten 150 Millionen Euro vor sich herschiebt.

Der Ball liegt ganz klar bei der Verwaltungsspitze. Wir lassen uns auch nicht den Vorwurf gefallen, es wäre die Politik, die hier ihre Hausaufgaben nicht macht.

Wir kennen nicht genau die Kriterien, nach denen die Bezirksregierung entscheiden wird. Aber so wie das HSK jetzt geplant ist, kann es nicht genehmigt werden. Das ist aber doch das Ziel eines HSK! Das ist eine Bankrotterklärung! Dafür tragen Sie, Herr Richrath, persönlich die Verantwortung.

Fehlende Digitalisierungsstrategie

Und wenn wir über Zukunft reden, müssen wir auch über Digitalisierung reden. Der aktuelle Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zeigt schwarz auf weiß: Leverkusen hat hinkt hier um Jahre hinterher. Ein Skandal.

Denn gerade Digitalisierung könnte helfen, Prozesse effizienter zu machen, Verwaltungskosten zu senken und gleichzeitig den Service für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dass nun der Bereich Digitalisierung dem Oberbürgermeister zugeordnet wird, ist doch nur Show. Oder sollen wir auch hier wieder Scheuklappen aufsetzen? Wird schon irgendwie werden?

Krise verlangt Führung – und die fehlt

In einer solchen Krisensituation braucht eine Stadt vor allem:

- Gute Führung, vorausschauendes Management
 - Klarheit in der Ansprache, exzellente Moderation der Prozesse. Für die Verwaltung ebenso wie für die Politik
 - Und vor allem: hervorragende Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Nichts davon ist in Leverkusen geschehen. Alles, was es gab, ist ein läppisches Video zur Haushaltslage.

Statt echter Führung erleben wir einen Oberbürgermeister, der – ich kann es nicht anders sagen – eine sympathische Mogelpackung ist. Nett und kumpelhaft – aber inhaltlich leider ohne klare Linie, ohne Mut zur Wahrheit und ohne strategischen Plan. Wollen wir wirklich fünf Jahre so weitermachen?

Unser Fazit

Für uns als GRÜNE ist klar:

Wir können und wir werden dem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen.

Wir fordern die Verwaltungsspitze auf, nachzubessern:

- Wir wollen eine langfristige Finanzplanung, die diesen Namen auch verdient
- Wir wollen ein HSK, an dessen Ende mindestens eine schwarze Null steht
- Wir wollen deutliche Fortschritte bei der Digitalisierung der Verwaltung
- Und wir wollen mehr Transparenz für den Rat und die Bürgerschaft

Leverkusen braucht Mut zur Wahrheit. Leverkusen braucht kluge Prioritäten – und endlich eine strategische, eine visionäre Führung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute einen Haushalt und schauen dabei in einen
Abgrund.

Nein, kein „Haushaltsloch“.

Was wir in Leverkusen haben, ist ein **finanzieller Krater**.

Tiefer als der auf dem Mond
und mindestens genauso unbewohnt, was politisches
Verantwortungsgefühl angeht.

Und was macht dieser Stadtrat?

Er steht fassungslos am Rand des Kraters, zuckt mit den
Schultern – und bestellt sich erst mal ein paar neue
Prestigeprojekte.

**Die Titanic ist am Sinken – aber die Ratsmehrheit diskutiert
über neue Gardinen fürs Musikzimmer.**

Seit der Haushaltssperre im August 2024 müsste eigentlich
jedem hier klar sein: **Es ist fünf nach zwölf.**

Doch was passiert stattdessen?

Ein Antrag nach dem anderen, **allesamt mit Preisschild**,
trudelt fröhlich ein.

Und man fragt sich unweigerlich: Haben einige von Ihnen die Rede des Kämmerers verschlafen? Oder ist es Ihnen einfach egal?

„Was kostet die Welt?“ scheint die neue Leitlinie zu sein.

Wer in dieser Lage noch Anträge stellt, als gäbe es ein Milliardenpolster im Keller des Rathauses, der hat – auf gut Deutsch – **den Schuss nicht gehört.**

Und damit meine ich nicht die übliche politische Schwerhörigkeit.

Ich meine eine fundamentale Weigerung, Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Doch statt Verantwortung zu übernehmen, zeigt dieser Stadtrat mit dem Finger auf die Verwaltung.

Man beklagt lautstark die Haushaltslage als sei sie vom Himmel gefallen und tut dabei so, als hätte man selbst nichts damit zu tun.

Aber: Die Verwaltung führt aus. **Der Rat entscheidet.**

Wer jedes Jahr munter beschließt, Geld auszugeben, kann sich hinterher nicht empören, wenn das Konto leer ist.

Der Stadtrat macht seinen Job nicht. Er verwechselt Bequemlichkeit mit politischer Kontrolle.

Was wir brauchen, ist nicht die nächste Großfeuerwache oder ein neues Parkhaus.

Wir brauchen Ehrlichkeit.

Und den Mut zu sagen: „**Sorry, das können wir uns gerade nicht leisten.**“

Doch was erleben wir hier?

Ein Antrag ist nicht gut oder schlecht – sondern „von den Falschen“.

Die sachliche Begründung? Egal.

Die Wirkung für die Stadt? Nebensache.

Hauptsache, man kann die Oppositionsbank aus Prinzip ablehnen.

Das ist keine Politik – das ist Kindergarten. Und der ist in Leverkusen sowieso schon überfüllt.

So macht man Politikverdrossenheit. So stärkt man die, die keine Lösungen haben – aber dafür umso mehr Parolen.

Wer gute Vorschläge aus parteipolitischem Trotz ablehnt, der wirft der AfD den roten Teppich aus.

Wollen wir das wirklich?

Der aktuelle Haushaltsentwurf ist eine Tragikomödie in mehreren Akten:

Akt 1: Schöne Worte – leere Kassen.

Akt 2: Symbolpolitik mit Preisschild.

Akt 3: Hoffnung auf Fördermittel, die nie kommen.

Finale: Ein Kollaps auf Raten.

Leverkusen hat keine Vision – es hat **eine Illusion**.

Statt die Zukunft zu gestalten, **kleistern wir Risse mit PR zu**.

In den Schulen bröckelt nicht nur der Putz – sondern das Vertrauen der Eltern.

Die Kitas sind überfüllt, das Personal am Limit, Konzepte in der Warteschleife.

Und aus der Verwaltung hört man dann: „Wir prüfen das.“

Wirklich? Seit wie vielen Jahren eigentlich?

Kinder können sich nichts von Prüfvermerken kaufen.

Sie brauchen Räume, Erzieherinnen, Lehrmaterial – und zwar nicht im Jahr 2035, sondern **jetzt**.

Wir lehnen diesen Haushalt ab.

Nicht, weil wir grundsätzlich dagegen sind. Sondern weil **dieser Haushalt grundsätzlich falsch ist**.

Er ist ein **Meisterwerk des Selbstbetrugs**, ein Denkmal der Unentschlossenheit, ein Mahnmal des Wegduckens.

Leverkusen braucht nicht mehr Beton – sondern mehr Rückgrat.

Nicht mehr Kosmetik – sondern Substanz.

Nicht mehr parteipolitische Taktik – sondern gemeinsame Verantwortung.

Leverkusen steht am Rand des Kraters.

Wir sagen: **Nicht springen. Nicht lächeln. Sondern handeln.**

Wir brauchen:

- Mut zur Wahrheit, auch wenn sie weh tut.
- Mut zur Priorität, auch wenn's unbequem ist.
- Mut zur Zusammenarbeit – über Lagergrenzen hinweg – gegen die, die von Spaltung leben.

Und: Wir brauchen Ratsmitglieder,

... die nicht nur abstimmen,

... sondern zuhören.

... die nicht nur reagieren,

... sondern gestalten.

... die wissen: Politik ist kein Kostümfest. Es geht um

Verantwortung – für diese Stadt, für unsere Kinder, für unsere Zukunft.

Vielen Dank.

Rat 07.07.2025, Redebeitrag zur Haushaltsdebatte,
Opladen plus, Markus Pott
Sperrfrist 07.07.2025, Ende der Haushaltsdebatte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist ein Riesenloch, zuletzt 280 Millionen Euro, über eine viertel Milliarde. Es macht ratlos, ja, in gewisser Weise hoffnungslos. Aber wir müssen damit leben. „Dann ist doch eh alles egal“, darf nicht sein. Wer Schulden hat, muss zumindest sein Bestes geben, diese so gering wie möglich zu halten.

Wir vermissen Verantwortungsbewusstsein bei den Entscheidern. Die Stadt ist in den letzten fünf Jahren von einer nach außen nicht offenkundigen Koalition von CDU, SPD und Grünen regiert worden. Die drei Großen haben die Macht gehabt und auch gelebt, Posten ausgehandelt, Haushalte verabredet – aber nach außen hin gab man sich als Machthabende nie zu erkennen. Aus heutiger Sicht, ein perfides Versteckspiel. Jeder leistete sich ungeheure Verschwendungen und Gedankenlosigkeiten. Die Zerschlagung der Kulturstadt Leverkusen, ohne eine fertige neue Lösung zu haben, hat immense Reibungsverluste beschert.

Die City C verschlingt Unsummen, Ankäufe, Stillstand, Planungen kosten Millionen. In Frage stellen ist verboten.

Und, wie kann man vor dem Hintergrund des Finanzlochs noch unreflektiert ein Wupsi-Depot für 160 Millionen Euro planen, einen Kaufhof kaufen, der erst 10 Millionen, nun aber 30 Millionen Euro kostet, wo man nicht sicher sein kann, dass das Geld auch wieder zurückkommt. Jetzt überlegt man, einen Bahnhof in Wiesdorf zu bauen, irgendwas zwischen 20 und 30 Millionen Euro wird er kosten. Näheres kann man schwer dazu sagen, die Sache steckt in der LEVI, worüber man öffentlich nicht reden darf, sonst verlässt man den Saal hier schnell in Handschellen...

Das Schuldenverstecken in den städtischen Töchtern haben die drei Großen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung perfektioniert, da geschehen Dinge, die den Kaufmann um den Schlaf bringen. Wer nun der Schlimmste von allen ist, lässt sich schwer sagen. Sicher ist aber, das Schwarz-Rot-Grün so nah an der Verwaltung dran sind, dass sie

über deren Tun stets bestens informiert waren und nicht zuletzt durch die Personalentscheidungen maßgeblich mit verursacht haben.

Es ist nun extrem schwierig, die bösen Wahrheiten auszusprechen und Sparentscheidungen zu fällen. Wir wären heute bereit zu einer Entscheidung, um ein Signal an den Bürger auszusenden, dass der Rat sich der Aufgabe stellt und nicht kapituliert.

Zugegeben, es ist kaum möglich über die einzelnen HSK-Positionen eine vernünftige Entscheidung zu treffen. Ein Beispiel:

Wir haben versucht, den Vorschlag, die Stadtteilbibliotheken zu schließen, zu hinterfragen: Was geht damit verloren, wie wurde das Angebot in der Vergangenheit genutzt? Was bedeutet der Verlust der Bibliothek für die Schulen, in denen sie derzeit untergebracht sind? Sind die Schulen damit einverstanden? Hat man einmal die Benutzer der Bibliotheken nach ihren Wünschen gefragt?

Die Antworten waren spärlich. Über das, was der Nutzer und die Schulen zur Schließung sagen, keine Antwort. Zu den Benutzerzahlen gab es nur die Aussage, wie viele mindestens einmal im Jahr die Bibliotheken besuchen, wie häufig das im Schnitt ist wurde nicht gesagt. Wir haben mit den Schulpflegschaftsvorsitzenden gesprochen, auch mit den Leuten vor Ort und den Nutzern - sie alle würden die Schließung sehr bedauern. Dazu von der Verwaltung kein Wort.

Daran sieht man, wie mühselig es ist, die einzelnen Sparvorschläge in ihren Auswirkungen zu erkennen.

Ein bitteres Beispiel für die Haushaltslage: Die Not ist so groß, dass absterbende Straßenbäume nun nicht mehr nachgepflanzt werden können.

Wie nun sparen?

Wir sind bei der stillschweigenden Koalition weit außen vor. Die drei haben nichts und niemanden an den Kern der Entscheidungen herangelassen. Aus unserer Sicht muss jeder für das Geld der Stadt die Umsicht walten lassen, wie für sein eigenes Geld. Mit Personalausgaben wurde in unseren Augen in der Vergangenheit nur so geaast. Ebenso scheint uns neben dem Wupsi-Depot die neue Feuerwache – den Standort mal außen vorgelassen – schon recht teuer und, dass keiner an die heilige Kuh des Museums im Schloss herangehen will, ist bei zwei Dutzend Besuchern in der Woche und weit über einer Million Euro Kosten schon Realitätsverweigerung.

Unser kleiner Sparvorschlag - allerdings einer mit Symbolwirkung - man möge doch zumindest einmal im Kopf haben, mit dem Rat ins Rathaus nach Opladen zu ziehen, wird lustlos behandelt.

Verantwortungsloses Schaulaufen:

Obwohl die letzten fünf Jahre gemeinsam am Ruder, schimpfen die drei Großen nun jeder auf den anderen.

Verrückt wird man vollends, wenn man an die Initiative der CDU denkt, die Grundsteuersätze nicht so festzulegen, dass zumindest das gleiche Grundsteueraufkommen wie in den Vorjahren zusammenkommt. Warum auch immer hat die CDU vorgeschlagen, die Sätze nicht entsprechend wie vom Land geraten anzupassen. Die Grünen stimmten dem sofort zu, und schon sind im Haushalt 2025 weitere 10 Millionen weniger drin.

Verantwortungsvoll geht anders. Vor dem Hintergrund, dass man nun beim Sparen über die Dörfer geht und z. B. den Blumenschmuck auf den Friedhöfen für 1.000 Euro einspart, ist das verantwortungslos.

Oder, der Deckel für die Kassenkredite wurde - obwohl vom Kämmerer ausdrücklich erbeten - nicht ausreichend hoch bemessen, so dass nun zwar dem Wähler eine kleinere Schuldenlinie vorgemacht wird, aber der Kämmerer die Möglichkeiten zu Kosten minimierenden Geldmarktgeschäften genommen wurde.

Der CDU-Kämmerer fand fachlich, wie schon bei der Grundsteuer, kein Gehör in seiner Partei, damit die CDU in der Haushaltsnot in den Augen der Wähler Punkte machen kann. Auch das kostet die Stadt siebenstellig Geld.

Darin sehen wir einen Grund für unsere Haushaltsmisere. Das in der Vergangenheit fortwährend fehlende Verantwortungsbewusstsein für die Mittel der Stadt. So wie im Rat Geld ausgegeben wird, tut man es für sich privat nicht.

Große Disziplin, an Schulen und bei Kindern und Bildung nicht zu sparen, dann tut man wenigstens das Machbare, um nachfolgenden Generationen einen möglichst kleinen Schuldenberg zu hinterlassen.

Die Entscheidung über den Haushalt will Schwarz-Rot-Grün nun in die Nachwahlzeit verlegen. Das ist falsch und feige.

Wir wären **heute** entscheidungsbereit.

Haushaltsrede 2025 der AfD-Fraktion

Die Haushaltsrede liegt dem Sitzungsdienst noch nicht vor.

Haushaltsrede 2025
FDP-Ratsfraktion Leverkusen
07. Juli 2025
Jörg Berghöfer, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse, liebe Demokraten.

Die Haushaltsplanung ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu bewältigen haben. Sie ist Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt, für Investitionen in die Zukunft und für die Bewältigung aktueller Herausforderungen. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Spiegelbild unseres finanziellen und politischen Handelns – und damit ein Gradmesser dafür, ob wir unsere Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen.

1. Allgemeine Einschätzung zum Haushaltsentwurf

Mit großem Interesse haben wir den vorgelegten Haushaltsentwurf studiert. Es ist unbestritten, dass die Stadt Leverkusen vor enormen Herausforderungen steht: Die Energiekrise, die Inflation, die gestiegenen Personalkosten und nicht zuletzt die Auswirkungen des Ukraine Krieges belasten die kommunalen Haushalte in ganz Deutschland. Da unsere Stadt weiterhin sehr stark von der Chemischen Industrie abhängt, haben uns diese Krisen besonders getroffen.

2. Gewerbesteuerentwicklung: Wunschdenken oder Realität?

Bereits im letzten Jahr habe ich als Fraktionsvorsitzender der FDP darauf hingewiesen, dass die prognostizierten Steigerungen der Gewerbesteuer als Wunschdenken zu betrachten sind. Leider hat sich diese Einschätzung bewahrheitet. Die tatsächlichen Einnahmen liegen deutlich unter den Erwartungen. Das ist keine Überraschung, sondern das Ergebnis einer nicht ausreichend realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Wir müssen uns der Realität stellen: Die Steuerprognosen sind zu optimistisch gewesen, und das hat dazu geführt, dass wir heute vor einem Haushalt stehen, der nicht nur auf wackligen Füßen steht, sondern keineswegs geeignet ist, uns aus der Haushaltskrise zu führen.

Dennoch war der Entschluss unseren Gewerbesteuersatz auf 250 Punkte zu senken, ein richtiges Signal, an dem wir unbedingt festhalten sollten.

3. Notwendigkeit eines Umdenkens in der Personalpolitik

Ein besonderes Augenmerk möchte ich auf die Personalpolitik legen. Unsere Stadt steht vor der Herausforderung, ihre Aufgaben mit einem effizienten und leistungsfähigen Verwaltungsapparat zu bewältigen. Doch leider müssen wir feststellen, dass Leverkusen im Vergleich zu anderen Städten – wie zum Beispiel Solingen – mit einem deutlich größeren Personalbestand arbeitet, insbesondere in Bereichen wie dem Gleichstellungsbüro, der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich Klima und Mobilität.

Ich frage mich: Wozu brauchen wir so viele zusätzliche Stellen, wenn vergleichbare Städte mit weniger Personal auskommen? Es ist dringend notwendig, hier umzudenken. Wir müssen die

Effizienz unserer Verwaltung überprüfen und sicherstellen, dass jeder Euro, den wir ausgeben, auch wirklich sinnvoll eingesetzt wird. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir mit ihren Steuergeldern verantwortungsvoll umgehen.

Wenn wir die Digitalisierung schnell vorantreiben, ist es sicherlich möglich die gleichen Aufgaben mit weniger Personal zu bewerkstelligen.

Ich möchte aber betonen, dass bei den Personaleinsparungen die Bildungspolitik nicht betroffen sein soll. Die Kinder sind unsere Zukunft. Unsere Kinder werden in Zukunft mit vielen Problemen fertig werden müssen, so dass wir ihnen die bestmöglichen Startvoraussetzungen mitgeben müssen.

4. Immobilienstrategie : Weniger ist mehr – auch bei städtischen Gebäuden

Wir leisten uns einen Wildwuchs von Standorten, der weder effizient noch finanziell nachhaltig ist. Das ist kein Verwaltungsdezentralismus mehr – das ist ein städtebaulicher Hindernisparcours mit hohem Energieverbrauch und niedriger Produktivität.

Wir fordern daher eine konsequente Überprüfung aller städtischen Verwaltungsstandorte.

Ziel muss sein :

- Sinnvolle Reduzierung
- Standortkonzentration mit digitalem Rückenwind
- Und der Verkauf von nicht benötigten Immobilien – um Eigenkapital zu generieren, statt weiter Schulden zu machen.

Denn eines ist klar : jeder Quadratmeter, den wir nicht brauchen, kostet uns bares Geld. Und im Haushalt ist jeder Euro, den wir nicht ausgeben, ein Gewinn für die kommenden Generationen.

5. Anpassung der Grundsteuer – Für mehr Gerechtigkeit

Die Reform der Grundsteuer, die durch das Land erfolgte, ermöglichte eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen den Eigentümern von Altbauten und Neubauten. Denn die bisherige Berechnung war in vielen Fällen weder transparent noch fair – sie beruhte auf veralteten Einheitswerten, die die Realität auf dem Immobilienmarkt längst nicht mehr abbilden.

Es ist völlig normal und richtig dass sich im Zuge der Reform die individuellen Steuerbeträge verschieben :

Einige Eigentümer werden künftiger weniger bezahlen, während andere, etwas mehr beitragen müssen.

Was aber nicht sein darf, dass die Stadt Leverkusen im letzten Jahr auf rund 10 Millionen Euro Grundsteuereinnahmen verzichtet hat – obwohl das Steueraufkommen laut Gesetz eigentlich stabil bleiben sollte. Das ist nicht nur ein Haushaltspolitisches Problem, sondern auch ein Zeichen dafür, dass wir hier dringend nachsteuern müssen.

Unsere Forderung ist klar :

- Aufkommenneutralität sicherstellen,
- Transparenz für alle Eigentümer schaffen,
- Und die Grundsteuer, als das zu behandeln, was sie sein soll. Ein fairer Beitrag zur Finanzierung der städtischen Infrastruktur – nicht ein heimlicher Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger.

Die FDP Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Reform nicht zur Belastung wird, sondern zur Chance – für mehr Gerechtigkeit, mehr Vertrauen und eine solide städtische Haushaltsplanung.

6. Städtische Tochterfirmen

Die Stadt Leverkusen unterhält derzeit gemeinsam mit der Stadt Köln eine Gesellschaft, die für die Bereitstellung und Betreuung von IT-Infrastruktur, Computern und Software verantwortlich ist, die iVl. Auf den ersten Blick klingt das nach interkommunaler Zusammenarbeit – auf den zweiten Blick aber zeigt sich ein gravierender Systemfehler.

Denn: Ausschließlich die Stadt Leverkusen vergibt operative Aufträge an diese Gesellschaft. Köln ist formal beteiligt, bringt jedoch keine eigenen Aufträge ein. Trotzdem werden die Gewinne am Ende zwischen beiden Städten geteilt.

Das bedeutet im Klartext:

Leverkusen zahlt – Köln profitiert.

Dieses Konstrukt ist weder wirtschaftlich sinnvoll noch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Leverkusen verantwortbar. Das widerspricht jedem Prinzip einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Die FDP-Fraktion fordert deshalb die Auflösung dieser Gesellschaft in ihrer heutigen Form. Wir setzen uns stattdessen ein für:

- eine Ausschreibung der IT-Leistungen auf dem freien Markt,
- Kooperationen mit regionalen und leistungsfähigen IT-Dienstleistern,
- und eine effiziente, transparente Vergabe, die Leverkusen wirtschaftlich nützt – nicht schadet.

Unser Ziel ist klar:

Mehr Effizienz, mehr Wettbewerb, mehr Leistung fürs Geld – und kein finanzieller Dauerauftrag nach Köln.

Denn gute digitale Infrastruktur ist kein Selbstzweck – sie muss zuverlässig, wirtschaftlich und fair organisiert sein. Dafür steht die FDP.

7. Investitionen in die Zukunft – aber wie?

Natürlich ist es richtig, in die Zukunft unserer Stadt zu investieren. Wir brauchen gute Schulen, eine leistungsfähige Infrastruktur, attraktive Freizeitangebote und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Doch Investitionen allein reichen nicht aus, wenn wir die finanziellen Grundlagen nicht sichern. Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein: Wenn die Einnahmen ausbleiben, müssen wir auch bei den Ausgaben konsequent sein.

Um die Verwaltung zu entlasten, und gleichzeitig dringend benötigte Handlungsspielräume zu schaffen, wollen wir drei Schulbauten, an unsere städtische Tochterfirma, der LEVI übertragen. So können Projekte, effizienter realisiert werden- denn Bildung ist für uns Priorität 1.

8. Fazit: Keine Zustimmung zum Haushalt, aber Bereitschaft zur Vertagung

Vor diesem Hintergrund kann ich als Fraktionsvorsitzender der FDP dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Ich sehe zu viele Unsicherheiten, zu viele Wunschvorstellungen und zu wenig Realitätssinn. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erwarten von uns, dass wir verantwortungsvoll handeln und nicht auf Kosten der Zukunft leben. Dabei dürfen wir nie vergessen. Es ist nicht das Geld der Verwaltung, über das wir entscheiden – es ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger, welches wir treuhänderisch verwalten.

Allerdings bin ich bereit, einer Vertagung der Haushaltsberatungen in die Ratssitzung im Oktober zuzustimmen. Damit geben wir uns die Chance, die aktuellen Entwicklungen noch

einmal genau zu analysieren, die Prognosen zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern. Wir sollten diese Zeit nutzen, um gemeinsam nach besseren Lösungen zu suchen.

9. Appell an die Vernunft

Die Zeit der kommunalpolitischen Romantik ist vorbei, jetzt brauchen wir nüchterne Effizienz – und den Mut Strukturen zu ändern, die nicht mehr passen. Unserer Meinung nach, sollten auch die Bezirksvertretungen dazu beitragen, etwas zu sparen. Aus diesem Grund hatte die FDP-Fraktion vorgeschlagen, die Mittel für die Bezirksvertretungen zu kürzen. Dieser Vorschlag wurde von der Verwaltung im HSK aufgegriffen

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer schwierigen Entscheidung. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen – für unsere Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger und für die nachfolgenden Generationen. Lassen Sie uns die Chance nutzen, die uns die Vertagung bietet, und arbeiten wir gemeinsam an einem Haushalt, der den Namen verdient, denn wie es bei uns Karnevalisten heißt :

„Et hätt noch immer jot jejange“- ... aber nur, wenn wir vorher die Zahlen ordentlich sortieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Linke Leverkusen

Keneth Dietrich
Birkenbergstr. 28
51379 Leverkusen

Telefon: 017656703293
keneth.dietrich@
die-linke-leverkusen.de
www.die-linke-leverkusen.de

Leverkusen, der 07.07.2025
Haushaltsrede

Leverkusen, kleine verschlafene Großstadt am Rhein.

Mitten im Herz einer der Industriell aktivsten Regionen der Welt. Wir haben nicht nur die besten Nachbarn wo man haben kann. Sondern alles was eine richtige Großstadt ausmacht, Ein Autobahnkreuz, eine Hochschule, ein Haushaltsloch und eine strukturelle Abhängigkeit von einem international agierenden Privatunternehmen.

Ist es nicht Bemerkenswert, das gerade Städte mit langer "Industrieller Tradition" die sind, die spüren was sie die Welt des "Unendlichen Wachstums" kostet.

Die Haushaltssituation ist geradezu paradox, wenn man an die Zahlen denkt mit denen sonst in Politik und Wirtschaft um sich geworfen wird.

Erst 100 Mrd. „Doppelwumms“ für den Krieg, jetzt 500 Mrd. Sondervermögen für Infrastruktur (hoffentlich) während hier „Der Bayer“ 63 Mrd. Dollar ^[1] für Monsanto verzockt hat.

Während wir hier "freiwillige Leistungen" für Bildung und Teilhabe streichen sollen, die über Jahre nur ein paar tausend Euro kosten, aber unbezahlbaren Mehrwert für die Menschen haben.

Wie kann es denn so überhaupt sein, dass diese (Haushalts-)Situation dabei heraus kommt?

Mag das daran liegen das die vermeintlich pragmatischen Lösungen falsch sind?

Die Politiker*Innen die In den letzten Jahren Maßgeblich beteiligt waren, sind imho noch eine Erklärung schuldig.

Wir haben gewarnt, dass es falsch ist zu glauben, dass nur mit der Gießkanne ein bisschen Steuergeschenke und Subventionen an Großunternehmen ausreicht,

damit die schon irgendwie mehr Geld draus machen. Das doch ein Märchen, eine Illusion.

Nehmen wir mal Beispielsweise den jetzt geforderten Industriestrompreis, das ist doch klar ein Geschenk an die Energieintensive Industrie, Ein Geschenk das aus all deren Taschen bezahlt werden, die leider keine eigene Energieintensive Industrie besitzen.

Die Profite die dann mit dem billigen Strom generiert werden, sehen wir nie wieder. Das wird von "Der Wirtschaft" doch nur genutzt um mit ein paar Milliarden zu spekulieren oder noch ein paar Produktionstitten in Niedriglohnländer zu verlagern.

Während hier "Kein Geld" für Schulneubauten oder Infrastruktur da ist. - Das ist doch eine Schieflage die alle erkennen, jeden Tag, weil es die Basis unseres Zusammenlebens angeht. Ich möchte niemand mit Klassenkampf-Rhetorik langweilen oder schocken, oder wie auch immer die individuelle Reaktion ausfällt, aber es führt kein Weg daran vorbei. Warum, verdeutlicht vielleicht ein Zitat von Warren Buffet:

"There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning."^[2,3]

„Es gibt einen Klassenkampf, ja klar, aber es ist meine Klasse, die der Reichen, die den Kampf führt, und wir gewinnen“

Ich will eins klar machen, diese Haushaltssituation ist das Ergebnis eines anhaltenden Klassenkampfes, und zwar von oben, und wer an 250 Punkten Gewerbesteuer festhält, kämpft mit.

Wer auf der richtigen Seite stehen will, kann sich nicht mit Ausreden wie:

"Monheim hat aber angefangen, da müssen wir jetzt auch mitmachen" davor bewahren, Fehler einzugestehen und zu korrigieren.

Jetzt Peinlich berührt zu tun, wenn das jemand Steueroase nennt, ist der eigentliche Skandal. Das mindeste was ich erwarte ist doch, dass man das Wirtschaftssystem, das man abfeiert ansatzweise verstanden haben sollte, aber das würde dem abfeiern ja vielleicht im Wege stehen.

An sonsten hätte man vielleicht bemerkt, dass man seine Produktionsmittel an Oligarchen verscherbelt, sei es in den USA, Russland, China oder sonst-wo, die mit dem Geld das diese daraus ziehen, sich global in die Politik einmischen und ihren Einfluss weiter auszudehnen. Mehr als das, in zahlreichen Ländern greifen Oligarchen nach staatlicher Macht und werden dabei von reaktionären Politiker*innen unterstützt. Sei es bei Angriffen auf die Gewaltenteilung oder die Menschenwürde, Reproduktions- und Selbstbestimmungsrechte, Bildung, Umweltschutz oder einfachen menschlichen Dingen wie Empathie und Nächstenliebe. Genährt von performativer Inkompetenz der Herrschenden und Hilflosigkeit mit der den Krisen der Gegenwart und Zukunft begegnet wird. Dafür exemplarisch ist doch auch die Ideenlosigkeit die dieser Rat hier an den Tag legt.

Wenn man unter Innovativ nur das halb ausgereifte Silicon-Valley Gimmick des vorletzten Jahres in Sinn hat. Wenn zur Wirtschaftsförderung nichts besseres einfällt als Großunternehmen & Aktionäre vor Verlusten zu bewahren. Wenn dieser Rat nicht seine Ideologische Eingeschränktheit in wirtschaftlichen Fragen überwindet, ist er dazu verdammt den gleichen Fehler zu wiederholen.

Stattdessen wird nach Schuld gesucht.

Verwaltung und Parteien schieben sich die Schuld am Haushaltsloch gegenseitig zu weil sie nicht bereit sind anzuerkennen das ein struktureller Fehler zugrunde liegt. Der Fisch stinkt vom Kopf, die selbst-geschmiedete Fessel an das BIP durch die BR mittels der Schuldenbremse verhindert eine ökonomische Reorganisation. Das wirkt auf die ganze Region bis tief in unsere Stadt hinein. Statt neue Wege zu ermöglichen zementiert man so die Machtverhältnisse einer überholten Wirtschaftspolitik

Es wird nach Schuld gesucht, weils einfach ist, bei komplexen Problemen.

Die Schuld am Haushaltsloch wird gern auch den Schwächsten zugeschoben: In dem Erwerbslose, oder Kriegsvertriebene so behandelt werden, als seien sie sowohl Schuld an ihrer eigenen Situation oder auch mal an allem anderen, was sonst nicht so gut läuft: leere Haushaltskassen, Krise und am besten noch an den Verspätungen der Deutschen Bahn.

In dem das Märchen, jede*r sei seines eigenen Glückes Schmied immer wiederholt wird - während der Niedriglohnsektor in unserer Stadt immer weiter wächst.

2023 lebten schon 5044 Kinder in Leverkusen unter 16 Jahren in Armut. Das sind mehr als 20 Prozent aller Kinder in der Stadt. Für sie gibt es kaum kostenfreie Angebote, die in den Kinderrechten verankerte Teilhabe wird nicht eingelöst. Die freie Jugendhilfe darf nicht eingeschränkt werden. Kinder und Jugendliche sind eine Minderheit deren Interessen konstant mit Füßen getreten werden. Denen Schulden, kaputte Infrastruktur und auch eine kaputte Umwelt hinterlassen wird. Da muss man sich auch nicht über unsere Demographie wundern.

Leverkusen muss einfordern, dass das Sondervermögen auch in den Kommunen ankommt. Mehr als dass, es müssen strukturelle Fehler beseitigt werden, jetzt. Ich habe ein wenig Hoffnung das zumindest beim Konnex was passiert, kürzlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Landkreistages, Achim Brötel - wahrscheinlich ein besonders linksradikaler CDUler dazu:

"Unser Grundproblem ist die drohende finanzielle Handlungsunfähigkeit unserer Kommunalhaushalte, die schlicht und ergreifend daher rührt, dass der Staat den Kommunen in den letzten Jahren immer mehr, immer kompliziertere und vor allem auch immer teurere Aufgaben übertragen hat, ohne für eine ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen."

Diesen Worten müssen Taten folgen. Auf bessere Zeiten warten ist keine Strategie, die Aufgaben müssen nachhaltig auskömmlich finanziert werden.

Das nächste Grundproblem der Kommunen ist die deutsche Wirtschaftspolitik an sich, Geschenke an die reichsten der Reichen, seit Jahrzehnten. Innovation gab es hauptsächlich bei den Tricks an noch mehr Geld der Allgemeinheit zu kommen, aber vor allem das Technologielevel dieses Landes stagniert. Braunkohleabbau, Waffenschmieden, Erdölchemie das sind alle Dinge die von ihrem Konzept her schon nicht nachhaltig sind. Trotzdem weiter darauf zu setzen ist Selbstzerstörung.

Es braucht eine neue Wirtschafts- und Industriepolitik, einen Strukturwandel. Leverkusen kann seinen Teil dazu beitragen und gleichzeitig einige seiner dringendsten Probleme angehen.

Leerstand von Immobilien muss sanktioniert werden! Wohnraum konsequent zu entwickeln rechnet sich immer und hilft allen Menschen direkt oder Indirekt. Man darf nicht nicht Firmen Vonovia oder LEG mit den Profiten abhauen lassen.

Statt aus Digitalisierung und Klimaschutz ein Politikum zu machen wäre es so wichtig diese Dinge als Wirtschaftszweig zu begreifen, ich verspreche, der Mehrwert ist unbezahlbar. Aber dafür braucht es Bildung, - Apps oder Scripte zu programmieren sollte keine hermetische Kunst sein. - Die Verantwortung für die Bewohnbarkeit des Planeten keine Meinung. Die Industrie wird Ihre Verantwortung wahrnehmen oder sich abschaffen.

Und Leverkusen braucht einen Schuldenschnitt, denn es kann nicht sein das die Kosten für die Coronapandemie & den Krieg in der Ukraine auf die Kommunen geschoben wird, während Landes- & Bundespolitik ausbeuterische Regularien für Kredite vorgibt. Geschwächte Gemeinden sind Politisch gewollt. Diese teuren Geschenke an die Wirtschaft sind Politisch gewollt

und es sind Ihre Parteien die dort sitzen und diese Politik machen.

Ein Haushalt, bei dem an den Menschen gespart werden soll, um der Industrie Ihre veraltete Produktionsweise zu subventionieren. Es wäre fatal, einem Haushalt der so wenig Gespür für die dringendsten Probleme der Gegenwart und Zukunft zeigt, zuzustimmen.

[1]

<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/bayers-krasser-absturz-so-verbrannte-der-konzern-63-milliarden-dollar/>

[2,3]

https://www.nytimes.com/2006/11/26/business/yourmoney/26every.html?_r=0

<http://www.berkshirehathaway.com/2003ar/2003ar.pdf> (S. 7)

**Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen**

07.07.2025

Rede Haushalt 2025

Sehr geehrte Damen und Herren.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Neu-Leverkusen.

I.

50 Jahre kommunale Gebietsreform.

Doch irgendwie will keine rechte Feierlaune oder gar Jubelstimmung aufkommen.

Wie denn auch ?

Mussten doch Bergisch Neukirchen, Opladen und Hitdorf sterben, damit Leverkusen als Großstadt weiterleben durfte.

Und schon damals führte Mutter Bayer mit sichtbar unsichtbarer Hand die Geschehnisse und orchestrierte medial das Schreckgespenst einer feindlichen Übernahme durch die große Schwester Köln.

Dabei ging es Alma Mater Bayer schon damals nicht weniger als um den ungehinderten Zugriff auf Politik und Verwaltung, saß damals doch zumindest gefühlt der gesamte Betriebsrat der Bayer AG im Rat der Stadt Leverkusen und musste der städtische Haushalt bereits vor Politik und Stadtgesellschaft erst einmal der Bayerspitze zur gefälligen Kenntnisnahme gereicht werden.

Und so kommt einem diese Stadt auch heute noch wie ein postpubertierender Teenager vor, dem es selbst nach 50 Jahren immer noch nicht gelungen ist, sich finanziell und ideell von Mama Bayer zu emanzipieren, um von nun an ein eigenständiges, unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können.

So wie auch alle bisherigen Abnabelungsprozesse kläglich gescheitert sind.

II.

Die kommunale Gebietsreform sollte eine Reform für die Bürgerinnen und Bürger werden.

Sie ist jedoch keine Reform mit den Bürgerinnen und Bürgern geworden.

Sie ist vielmehr Ausfluss eines technokratischen Machbarkeitsideals gewesen, dessen Erfolg sich vornehmlich an Wachstum, Größe und Effizienz bemessen sollte, ohne jedoch Rücksicht auf die historisch gewachsenen Befindlichkeiten der betroffenen Menschen zu nehmen.

Die kommunale Gebietsreform ist somit keine organisch gewachsene Veränderung gemeinschaftlichen Zusammenlebens, sondern vielmehr eine von staatlicher Seite angeordnete und vollzogene Neuordnung lokaler Lebensgemeinschaften geworden.

Und daher ist die kommunale Gebietsreform auch 50 Jahre nach ihrer Etablierung ein Fremdkörper geblieben, der von vielen Menschen nicht angenommen und gelebt werden kann.

III.

Demokratie lebt vom Mitmachen, vom Engagement und notfalls auch von der Verteidigung durch ihre Bürgerinnen und Einwohnerinnen.

Wer jedoch engagierte Menschen als lautstarke Minderheiten diskreditiert, sie ausgrenzt oder gar ausschließt, gefährdet nicht nur die demokratische Teilhabe von Menschen, sondern gleichsam die Demokratie selbst.

In einer Demokratie sollte das bessere Argument, das bessere Konzept und nicht die bloße Macht, die größere Einflussnahme oder die pure Mehrheit obsiegen.

Eine Stadt wie Leverkusen kann es sich schlichtweg nicht leisten, die wenigen Menschen, die sich noch für Kommunalpolitik interessieren und noch bereit sind, sich für Politik zu engagieren, zu bekämpfen, ihr den Mund zu verbieten und sie ausgrenzen zu wollen.

Eine Demokratie ohne Streit ist keine Demokratie !

IV.

Wer in dieser Stadt etwas bewegen will,

Dem wird der Kopf gewaschen

Der wird in die Mangel genommen

Der wird durch den Wolf gedreht

Den lässt man vor die Pumpe laufen

Wer in dieser Stadt etwas bewegen will

So sagte es einmal ein Oberbürgermeister

Wer in dieser Stadt etwas bewegen will

Der kriegt erst einmal eins auf die Fresse

Dies sind nicht meine Worte

Aber durchaus meine Erfahrungen.

V.

80 Jahre Befreiung von Krieg, Faschismus und industriellen Todeslagern.

Doch nicht alle wollen mitfeiern.

Sehen sie den Jahrestag doch nicht als Sieg, sondern vielmehr als nationale Niederlage.

Wie konnte das geschehen ?

Geschichte wiederholt sich nicht.

Geschichte ist vergangen.

Geschichte ist vergangene Gegenwart.

Doch offensichtlich gibt es Ansichten und Vorurteile, die bei Bedarf wie längst aus der Mode gekommene Kleidungsstücke wieder aus der Mottenkiste der Geschichte hervorgeholt werden.

Der Nationalsozialismus war eine Anti-Partei.

Er war:

Antidemokratisch

Antikommunistisch

Antimodernistisch

Antihistorisch

Antiwissenschaftlich

Antifeministisch

Antisemitisch

Er war:

Homophob

Er war:

Xenophob

Und er war antireligiös, weil er selbst Religion sein wollte.

Wie konnten all diese Eigenschaften wieder so salonfähig werden ?

VI.

Der alte Affe Angst

Sie nähren ihn wieder

Sie schüren Angst vor dem Anderen

Sie schüren Angst vor dem Andersartigen

Sie schüren Angst vor dem vermeintlich Fremden

So, als müssten Männer Angst vor Frauen

Erwachsene Angst vor Kindern

Kranke Angst vor Gesunden

Und schwarze Angst vor blonden

haben

Welch ein Wahnsinn !

Der Kirchturm der Angst vor dem Fremden in mir

VII.

Wann und warum gehen gesellschaftliche Ordnungen unter ?

Liegt es an der Stärke der Gegner ?

Oder an der Schwäche ihrer Befürworter ?

Liegt es an der Selbstgefälligkeit

der Überheblichkeit

der Ignoranz oder gar Dekadenz

oder an der mangelnden Loyalität ihrer Unterstützer ?

VIII.

Richte Dein Handeln danach aus,

Dass es zur Maxime, zur Gesetzmäßigkeit Aller werden könnte,

Auf dass der Wille Aller zum generellen Willen werde.

Wie weit haben wir uns von den Idealen der Aufklärung entfernt ?

Donald Trump als Inkarnation des Politik gewordenen Egoismus und Narzissmus.

Auf dass der Egoismus jedes Einzelnen zur generellen Maxime Aller werde.

Sind uns die vereinigten Staaten von Amerika nur einen Schritt voraus ?

IX.

Man kann nicht zu viel kommunizieren.

Man kann nicht zu viel Demokratie wagen.

Wer sich nicht gehört fühlt, wer sich in seinen Worten und Taten nicht ernst genommen fühlt, wendet sich ab und zieht sich in sich selbst zurück.

Demokratie lebt vom Mitreden, Mitmachen und Mitbestimmen wollen.

Wer sich fremdbestimmt fühlt,

Fühlt die demokratische Teilhabe nicht.

X.

Sie wissen, wie man Macht gewinnt.

Sie wissen, wie man Macht erhält.

Sie wissen, wie man Macht behält.

Sie wissen, wie man Macht verteidigt.

Wie man Macht gestaltet,

Wissen Sie nicht.

XI.

Es begann mit der Krise der politischen Parteien.

Es wuchs sich aus zur Krise der Parteiendemokratie.

Es setzte sich fest als Krise der Demokratie und der demokratischen Institutionen.

Bürger trauen Politik, Verwaltung und Justiz nicht mehr viel zu !

Sie vertrauen den Versprechungen von Wohlstand und Verbesserungen nicht mehr.

Parteipolitik als allumfassende Staatsdoktrin.

Sie wenden sich

Gegen den Euro

Gegen Europa

Gegen das Impfen

Gegen Flüchtlinge

Gegen den Staat

Gegen die Solidarität.

Und am Ende gegen sich selbst ?

XII.

Eine Gesellschaft lebt von seinen Werten.

Moderne Staaten haben Verfassungen.

Sie bilden die Wertgrundlagen für ein gesellschaftliches Zusammenleben.

Wer diese Werte respektiert und akzeptiert, sie leben und verwirklichen will,

Ist Teil dieser Gesellschaft.

Sie sprechen von Biodeutschen und meinen Blutsdeutsche

Sie sprechen von Remigration und meinen Deportation

Sie sprechen von guten und von schlechten Deutschen und meinen Selektion

Sie sprechen von Globalisten und meinen jüdische Finanzkapitalisten

Sie sprechen von Meinungsfreiheit und meinen die Freiheit der Lüge

Erst verharmlosen sie ihre Worte und dann ihre Taten.

XIII.

Eine Gesellschaft lebt von seinen Ritualen.

Eine Gesellschaft lebt von seinen Erinnerungen.

Wer seine Vergangenheit nicht kennt,

Wer seine Vergangenheit nicht versteht,

Kann seine Zukunft nicht gestalten.

Eine Erinnerungskultur muss diejenigen erreichen,

Die sich erinnern sollten

Und nicht nur diejenigen,

Die sich erinnern wollen.

Sie sollte nicht nur der Selbstvergewisserung

Und Selbstbestärkung derjenigen dienen,

Die sich erinnern möchten.

Was feiertags versprochen und beschworen wird,

Muss werktags auch gelebt und verwirklicht werden.

XIV.

Unserer Welt geht es nachhaltig schlecht.

Wir beuten sie schonungslos aus,

Ohne Rücksicht auf ihre Ressourcen.

Wir zerstören unsere eigenen Lebensgrundlagen.

Der Klimawandel ist menschengemacht.

Er ist nicht schicksalhaft.

Wir verdrängen und verharmlosen ihn.

Nicht wenige verleugnen ihn.

Wir laufen sehenden Auges in eine vermeidbare

Menschengemachte Katastrophe.

XV.

Der Mensch muss essen und trinken.

Begreifen wir erst

Wenn der letzte Baum gerodet

Der letzte wilde Fluss begradigt

Das letzte wilde Tier getötet

Und der letzte Ureinwohner vertrieben ist

Dass wir Geld nicht essen können !

Werden wir die Natur überleben ?

Oder wird die Natur uns überleben ?

XVI.

Die Schulden von heute sind die Zinsen von morgen.

Wir belasten die kommenden Generationen mit einer gewaltigen Hypothek.

Wir bauen noch mehr Straßen.

Wir rüsten wieder auf.

So entkommen der Wachstumsspirale nicht.

Alte Schulden werden durch neue Schulden abgelöst.

Der Kettenbriefkapitalismus soll ungehindert weitergehen.

XVII.

Heimat.

Heimat ist dort, wo Menschen sich für Probleme persönlich verantwortlich fühlen.

Heimat, ohne falsches Pathos und irreführende Mythologie.

Wo soll der Mensch sich noch heimisch fühlen,

Wenn seine Heimat weggebaggert,

betoniert,

gerodet und begradigt worden ist ?

Wo sollen Menschen sich begegnen, Gemeinschaft erleben,

ohne Metzger

ohne Bäcker

ohne Post

ohne Bank

ohne Gemeindehaus

ohne Kirche

ohne Bus

und ohne Bahnhof

XVIII.

Wir leben in einem Zeitalter der Entpersonalisierung.

Ohne persönlichen, ohne festen Ansprechpartner.

Als vergessener Gast in einer anonymisierten Dauerwarteschleife.

Der Kunde als Störfaktor.

Dienstleistungen mit gewollten Hindernissen.

Anonymisiert

Digitalisiert

Diskriminiert.

IXX.

Wir leben in einer globalisierten Welt.

Der Mensch als Produzent

Der Mensch als Konsument.

Produziert ohne Rücksicht

Auf Mensch und Natur.

Konsumiert

Ohne Rücksicht

Auf Arbeits- und Umweltbedingungen.

Geiz ist geil.

20 Prozent auf alles außer Tiernahrung.

Willkommen im Dauerbilligschlaraffenland.

Gewinner sind immer die Shoppingmalls und Onlinehändler.

Konsumieren bis der Arzt kommt

Und der letzte Baum gerodet ist.

Konsumenten aller Länder vereinigt Euch.

XX.

Die Kunst ist die Tochter der Freiheit.

Wer die Kunst nicht fördert,

Ist nicht bereit,

In die Demokratie zu investieren.

**Wie die Verantwortlichen dieser Stadt mit ihrem Schloss, ihrem Museum, ihrer Kunst
umgehen**

ist

verstörend

beschämend

blamabel

Wie die Verantwortlichen dieser Stadt mit ihrer Museumsleitung umgehen

ist

verstörend

beschämend

blamabel

**Wie Verantwortliche dieser Stadt mit Mitarbeitern des ehemaligen Kulturbetriebes und der
Kulturverwaltung umgehen**

ist

verstörend

beschämend

blamabel

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Kunst ist Nähr- und Treibstoff einer prosperierenden und visionären Demokratie.

Wer die Freiheit der Kunst beschneidet,

beschneidet nicht nur die Kunst der Freiheit,

Sondern die Demokratie selbst.

XXI.

Die höchste Form der Kunst ist die Architektur,

Weil wir ihr nicht entkommen können,

Weil wir ihr entgegentreten müssen.

Warum nur geben wir uns scheinbar so viel mehr Mühe mit der Architektur unserer Automobile

Als mit der Architektur unserer Häuser und Städte.

Vielleicht, weil wir sie vermeintlich nicht so leicht exportieren können ?

XXII.

Leverkusen

Stadt ohne innere Ordnung.

Stadt ohne innere Verortung.

Bindestrich-Stadt.

Retortenstadt.

Eine Stadt,

Geformt nach den Bedürfnissen eines übermächtigen Konzerns.

Behütet und betreut,

Von der Wiege bis zur Bahre.

Identitätsstiftend.

Dominierend.

Was passiert, wenn Mutter Bayer mal nicht mehr ist ?

XXIII.

Spare in der Zeit,

Dann hast Du in der Not.

Sagt der Volksmund.

Auf das Volk hat man in dieser Stadt noch nie gehört.

Was Mutter Bayer sagte, musste reichen.

Abriss der alten Bayer Kolonie.

Abriss der alten Rathäuser.

Neubau der City A, B und C.

Abriss in Küppersteg und Manfort.

Neubau von 4 spurigen Stadtautobahnen.

Planung des Lindwurms.

Neubau von Wohnsilos in der Peripherie.

Wachstum ohne Grenzen, als gäbe es kein Morgen.

Kein Plan

Kein Platz für andere Zeiten

Kein Plan für schlechtere Zeiten.

XXIV.

Leverkusen

Industrielle Monokultur

Ohne gewachsenes Bürgertum

Ohne kulturelle Identität

Ohne eigenes Selbstbewusstsein

Gestern Bayer Leverkusen

Morgen Bayer 04 Leverkusen ?

Reicht das ?

XXV.

Armes Leverkusen

Reiche Unternehmen

Gewerbesteuer auf der Resterampe

Steuerparadies im Briefkastenformat

Kommunale Solidarität im Ausverkauf

Mieter und Grundbesitzer müssen's richten

Steuerbetrug kennt keine Grenzen.

XXVI.

300 Millionen Euro Schulden jedes Jahr.

Die nächsten 10 Jahre.

Altschulden

Corona-Schulden

Starkregen-Ereignis-Schulden

Kassenkredite

Jeden Monat

Jedes Jahr

Über 1 Mrd. pro Jahr

Die nächsten 10 Jahre

Schulden ohne Grenzen

Keine Prioritäten

Keine Entscheidung

Was wichtig,

Was unwichtig ist

Kürzen mit dem Rasenmäher

Angst vor unbequemen Wahrheiten

Nur nicht die Bürgerinnen und Bürger

Die Einwohnerinnen und Einwohner fragen

Lieber vermeintliche Expertinnen und Experten beauftragen

Delegation von Verantwortung

Organisierte Verantwortungslosigkeit

Mit lauter Leichtmatrosen an Bord

Lässt sich schlecht in raue See stechen.

XXVII.

Machbarkeitsstudie

Unwort des Jahres

Unwort des Jahrzehnts

Machbar ist die Reise zum Mars

Machbar ist auch die Ansiedlung einer Feuerwache auf dem Mars

Ob erforderlich oder angemessen ?

Unwichtig

Hauptsache machbar.

XXVIII.

Gutachteritis und Statisteritis

Zwei ernstzunehmende Volkskrankheiten,

Nicht nur in Leverkusen

Zu beweisen gilt,

Was bewiesen werden soll

Bestellte Gutachter erwecken den Anschein von Seriosität und Unabhängigkeit

Wer traut sich schon, selbst ernannten Expertinnen zu widersprechen

Traue keinem Gutachten, dass Du nicht selbst beauftragt

Und keiner Statistik, die Du nicht selbst erstellt hast

IXXX.

35 Jahre Einigungsvertrag

35 Jahre deutsche Einheit

Nun wächst zusammen, was zusammen gehört !

Wirklich?

Viele fühlen sich immer noch fremd

Im vereinigten Neuen Deutschland altdeutscher Prägung.

Sie fühlen sich

fremdbestimmt

verloren

verleugnet

verraten

verkauft

mit ihrer Biographie nicht wertgeschätzt.

35 Jahre deutsche Einheit

und die DDR-Vergangenheit wird verklärt

das Gute bleibt in Erinnerung

Solidarität

Ein Recht auf Arbeit

Ein sich kümmernder Staat

Vergessen wird der allmächtige Staat

Der persönliche und berufliche Biographien zerstören konnte

Woran soll man noch glauben,

Wofür soll man noch kämpfen ?

In einem Land, wo einem alles frei Haus geliefert wird

Selbst Freiheit und Demokratie.

Wo soll man auch hin in einem Land

wo die Sozialdemokraten nicht mehr sozial

die Christdemokraten nicht mehr konservativ und christlich

die Liberalen nur noch wirtschaftsliberal

die Grünen nicht mehr grün und pazifistisch sind

Wohin soll man sich wenden

wenn alles in die Mitte drängt

die Ränder frei und vergessen werden ?

XXX.

Wahltag ist Zahltag !

Nach der Wahl ist vor der Wahl !

Doch zuvor gilt es den Bürokratiemarathon zu gewinnen

Lochen,

Tackern,

Abheften

Bis der Amtsarzt kommt.

Bürokratie als oberste Bürgerpflicht.

Durchschläge in dreifacher,

Vierfacher Ausfertigung.

Bürokratie als Geschäftsmodell !

Bürokratie als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme !

Bürokratie als Bürgerbeteiligungsverhinderungsmodell !

Bürokratie als Demokratieerschwerungszulage !

Alle fühlen sich beschwert !

Keiner begehrt auf !

Niemand probt den Aufstand.

Niemand den zivilen Ungehorsam !

So gewinnt man keine Wahlen !

So gewinnt man kein Vertrauen !

So stärkt man keine Demokratie !

Und Sie haben es wieder versucht !

Die kleinen politischen Vereine

Aus den kommunalen Parlamenten herauszuhalten.

Neuerfindung des Wählergruppentransparenzgesetzes

Neuzuordnung der Wählerstimmen

Das Verfassungsgericht musste einmal mehr die Notbremse ziehen !

Sie können es nicht lassen !

Sie wollen aus Ihren vergangenen Fehlern einfach nicht lernen !

XXXI.

Es gibt keine Staatsraison

Es gibt nicht die Würde des Staates

Es gibt nur die Würde des Menschen

Die Würde des Menschen ist unteilbar

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wenn ein Staat die Menschenwürde verletzt

Dann muss man dies benennen dürfen !

Wenn ein Staat autoritär,

totalitär und extremistisch handelt

Dann muss man dies benennen dürfen !

XXXII.

Die wahren Revolutionen geschehen nicht über Nacht

Sie kommen schleichend und eher unbemerkt daher

Sie fressen sich tief in Hirn, Haut und Haaren fest,

Bis wir sie nicht mehr loswerden.

Wir fühlen uns frei und binden uns mit jedem Mausklick.

XXXIV.

Alle Gewalt geht vom Volke aus

Die vierte Gewalt obliegt den Medien

Gleichklang in

Berlin

Hamburg

Frankfurt

Köln

Nachrichten als Wirtschaftsgut

Wann wird ein Ereignis eigentlich zur Nachricht ?

Und:

Ist das Verschweigen von Wirklichkeit

Ist das Verschweigen von Wahrheit

Nicht bereits auch schon eine Lüge ?

XXXV.

5 Jahre Rat der Stadt Leverkusen

Und kaum ein Tag,

An dem man sich nicht beschmutzt fühlte !

Inszenierte Empörung

Demonstratives Beleidigtsein

Um gleichsam selbst zu beleidigen

Persönlich diskreditieren

Um in der Sache nicht zu diskutieren

Intellektuell unterfordert

Emotional stark gefordert

Mehrheit ist Mehrheit

Mehrheit braucht keine Argumente

Mehrheit braucht keine Diskussionen

Mehrheit schafft Recht

Mehrheit bricht Recht

Mehrheit braucht keine Demokratie

Demokratie im Ausverkauf

Will man sich das weiter antun ?

Kann man das weiter ertragen ?

Kann man diese Stadt allein den

Karrieristen

Opportunisten

Intriganten

Denunzianten

und

Spekulanten

überlassen,

Die Ihr politisches Wohl mit dem Allgemeinwohl gleichsetzen ?

Nein !

Diese Stadt gehört den Menschen,

Die in ihr leben

Sie gestalten und fortentwickeln wollen

Und nicht allein denjenigen

Die sie politisch nur verwalten

Und ihren eigenen Nutzen mehren wollen !

XXXVI.

5 Jahre Verwaltung der Stadt Leverkusen

Verwaltung hat immer Recht

Verwaltung beugt Recht

Verwaltung verschafft sich Recht

In einer Demokratie darf auch der Staat Fehler machen.

Wo Menschen arbeiten,

Werden Fehler gemacht.

Das ist menschlich.

Noch menschlicher ist es,

Fehler und Irrtümer auch einzugestehen.

Nur in totalitären Gesellschaftssystemen hat der Staat immer Recht

Wollen wir in einem solchen Staat leben ?

XXXVII.

5 Jahre Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen.

Und kaum ein Versprechen wurde gehalten

Etablierung einer historischen Mitte in Opladen

Schaffung eines Instituts für Stadtgeschichte in Opladen

Auszug der Verwaltung aus allen Mietobjekten

Kauf des Rathauses Opladen

Einzug des Rathauses in die Musikschule Leverkusen

Neubau der Musikschule am Forum

Vermietung der von Bayer teuer erkauften Bürogebäude an der Hauptstraße

Kauf der Altlast von Dynamit Nobel

Kauf der Anteile der Rheinenergie

Größtmöglicher Widerstand gegen den Ausbau von A 1 und A 3 in Leverkusen

Kooperation dagegen mit den benachbarten Kommunen

Viele politischen Verkaufsversprechen wurden nicht eingehalten

Wer sollte Seinen Versprechungen noch glauben schenken ?

XXXVIII.

5 Jahre Haushaltsreden

Die Welt wurde beschworen

Die Welt wurde gewogen

Die Welt wurde gewendet.

Schuld und Verantwortung trugen immer die anderen

Bund

Länder

Europa

Egal wer gerade regierte.

Die eigene Lage wurde sich schöngeredet und schöngerechnet

Gehofft wurde auf bessere Zeiten, die nicht kommen sollten.

Wunder geschehen halt nicht immer wieder.

Verteilt wurden Geschenke

Die nächste Wahl kommt bestimmt

Die Mehrheitsbeschaffer erheben sich nunmehr

zu

Aufklärern

Reparateuren

Sanierern

der selbst beschlossenen Finanzmisere

Und verzetteln sich im Klein-Klein

Im Schutzmantel von Einzel- und Lobbyinteressen

So gewinnt man keinen Jackpot.

So gewinnt man kein Vertrauen.

So gewinnt man keine Souveränität.

Gekürzt wird pauschal

Auf Vorschlag der Sozialdemokraten

Über alle Fachbereiche

15 Prozent

Nicht pro Jahr

sondern insgesamt

in 5 Jahren

Sparen ohne Sinn und Verstand

Ohne Rücksicht

Auf Ökonomie und Ökologie

Auf Bildung und Soziales

Auf Kunst und Kultur.

Gewerbesteuererhöhungen sind tabu,

Grundsteuererhöhungen dagegen nicht.



Sehr geehrte Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

So können wir Ihrem Haushalt 2025 nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis und Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klimaliste Leverkusen

Benedikt Rees

Haushaltsrede 2025 von Gisela Kronenberg (parteilos)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
es ist schwierig eine Haushaltsrede zu formulieren,
wenn man schon neun Vorredner*innen hatte. Ich
versuche mich also kurz zu fassen und spreche nur die
Dinge an, die mir besonders wichtig sind.

Um es vorweg zu nehmen: Ich werde dem Haushalt in
der gegenwärtigen Form nicht zustimmen.

Unsere Stadt steht vor der schwierigsten
Haushaltssituation ihrer Geschichte. Wie viele sinnvolle
Investitionen könnten anstatt der fälligen Schuldzinsen in
unserer Stadt getätigt werden?

Uns droht eine Haushaltssicherung, das bedeutet, dass
wir nicht mehr über Einsparungen entscheiden dürfen,
sondern eine Aufsichtsbehörde, das lässt uns dann
keinerlei Gestaltungsraum mehr und macht uns als Rat
eigentlich überflüssig.

Unser Gestaltungsraum wurde in den letzten Jahren
durch vom Bund und Land übertragene Pflichtaufgaben
sehr eingeengt, so dass für freiwillige Leistungen immer
weniger finanzieller Spielraum blieb. Zusätzlich wird
erwartet, dass die Kommunen Maßnahmen gegen den
Klimawandel ergreifen, die kommunale Wärmeplanung
vorantreiben und die Folgen der Coronapandemie und
des Ukrainekrieges bewältigen und das sogenannte
Sondervermögen muss ab 2026 über fünf Jahrzehnte
zurückgezahlt werden.

Es gehört zur Pflicht des Bundes (GG Art. 104 a) und des Landes (Art. 78 Abs. 3 der Landesverfassung) für übertragene Pflichtaufgaben nach dem Konnexitätsprinzip für eine Gegenfinanzierung zu sorgen nach dem Motto: "Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen!" Dieser Verpflichtung kommen weder Bund noch Land in ausreichendem Maße nach, was den Kommunen zunehmend die Luft zum Atmen nimmt.

Zudem haben früher viele Unternehmen für Unterkunft und Bildung ihrer Arbeiter gesorgt. Heute muss die Gemeinschaft für Unterkunft und Bildung sorgen. Schulen und Kindergärten müssen von den Städten aus ihrem Steueraufkommen finanziert werden.

Des Weiteren haben die geopolitischen Erschütterungen in den letzten Jahren zu einem konjunkturellen Abschwung beigetragen. Inflation, steigende Energiekosten, die Zinswende und höhere Tarifabschlüsse waren die Folge. Steigende Ausgaben - Kita-Ausbau, Schulneubauten, Recht auf Ganzttag, Unterbringung und Versorgung Geflüchteter - stehen z. T. rapide sinkenden Einnahmen gegenüber. Das trifft besonders unsere Stadt, die immer noch zu einseitig strukturiert ist und als Chemiestandort gilt.

Ob man es allerdings als beruhigend bezeichnen sollte, dass andere Kommunen im Land sich ebenso in einer wirtschaftlichen Schieflage befinden, ist anzuzweifeln.

Was ist also zu tun?

Auch wenn wir erst auf die heiße Phase des Wahlkampfes zugehen, ist politisches Taktieren nicht sinnvoll, denn dafür ist die finanzielle Lage zu ernst. Die

politische Mitte muss gemeinsam handeln, um den zunehmenden Populismus von links und rechts abwenden zu können. Wir müssen uns ehrlich machen und die Bürger*innen in unsere zugegeben harten Entscheidungen erklärend einbinden.

Suche nicht nach einem Sündenbock, löse das Problem und nicht die Schuldfrage. Wir sollten realisieren, dass zudem alle wesentlichen Entscheidungen vom Rat getroffen und abgesegnet wurden. Wir haben mehrheitlich dem letzten Haushalt zugestimmt, von dem unserer Kämmerer schon damals zugab, dass er auf den Rand genäht ist.

Wir waren uns einig, dass wir die vorhandenen Mittel klug investieren. Gerade die dringend notwendigen Schulneubauten haben von diesen Investitionen profitiert. Investitionen in unsere Kinder sind Investitionen in die Zukunft und ich bin froh, dass in den letzten Jahren so viel Geld in den Neubau oder den Anbau von Schulen und in neue Kitas geflossen ist.

Daher stehe ich auch zu der Priorisierung des Baus oder der Renovierung von Schulbauten, wobei wir uns keine architektonischen Wunschschlösser leisten können. Das oberste Ziel sollte es sein die Aufenthaltsqualität der Schüler*innen entscheidend zu verbessern.

Wir hätten noch ein riesiges Volumen an Aufgaben vor uns, aber leider nicht die Mittel um diese Aufgaben zu lösen. Nicht das Wünschenswerte, sondern das Machbare muss in den kommenden Jahren vorrangig unser Handeln bestimmen. Die finanziellen Rahmenbedingungen erlauben nicht mehr das

umzusetzen, was wünschenswert ist. Dazu gehört auch, dass man sich für die kommenden Jahre mit der Interimswache abfindet, statt weitere Millionen in die Planung einer neuen Feuerwache zu versenken.

Die geplanten Einschnitte in die Sozialarbeit sind infrage zu stellen. Ohne in eine gute Sozialarbeit zu investieren schaffen wir die sozialen Probleme der Zukunft.

Besonders die Coronageneration benötigt in der derzeitigen prekären wirtschaftlichen Lage Unterstützung im sozialen Bereich. Ich bin mir sicher, dass das hier investierte Geld langfristig zu Kosteneinsparungen führen wird. Ich zitiere dazu Gustav Heinemann: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ Hierzu gehört auch darüber nachzudenken, wie man ein zweites Frauenhaus in unserer Stadt ermöglichen könnte.

Ein weiterer Punkt der mir unter den Nägeln brennt, ist der Bau von bezahlbarem Wohnraum, denn Wohnen - ein Dach über dem Kopf zu haben - gehört zu den Grundbedürfnissen. Wobei man bereit sein sollte Abstriche bei der Gestaltung der Häuser und Wohnungen hinzunehmen und die Bauvorschriften reduziert werden müssen.

Auch der Personalschlüssel bereitet mir Sorgen, denn in den letzten zehn Jahren wurde der Personaleinsatz in unserer Stadt um fast 40% erhöht. Die Personalkosten sind einer der größten Kostenblöcke im Haushalt unserer Stadt. Ein erhebliches Potential sehe ich in der

Digitalisierung der Verwaltung und Nutzung der Künstlichen Intelligenz.

Nach dem Onlinezugangsgesetz sollte bereits seit Anfang 2023 verpflichtend jede Verwaltungsleistung auch online angeboten werden. Auch wenn die Umsetzungspflicht wieder gestrichen wurde, sehe ich es als dringend notwendig an die Digitalisierung so schnell wie möglich voranzutreiben, um eine Effizienzsteigerung zu ermöglichen. Dies führt langfristig nicht nur zur Senkung der Kosten, sondern auch zur Steigerung des Bürgerservices, lange Wartezeiten werden vermieden.

Es gibt gute Zeiten und Zeiten wie diese, in denen eine Krise die andere jagt. Wir dürfen nicht verzweifeln und müssen daran arbeiten einen zukunftsfähigen Haushalt aufzustellen, um unsere kommunale Handlungsfähigkeit langfristig abzusichern:

„Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, darf man den Kopf nicht hängen lassen.“ (Ingrid Matthäus Maier)

Übrigens: Aus meinen Erfahrungen mit der Beratungsfirma Kienbaum, konstatiere ich, dass man nicht jeden Einsparvorschlag umsetzen sollte.

Denn das Ensemble von Schloss Morsbroich wäre dann inzwischen schon über viele Jahre in Privatbesitz und es gäbe keinen Wildpark und keine Schwimmbäder mehr.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

BK-Nummer 2025/3380 (ö)

Infrastruktur in Hitdorf erhalten – Seniorinnen und Senioren nicht abhängen: Aufforderung an den Oberbürgermeister als Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkasse und Einrichtung eines mobilen Bürgerbüros in Hitdorf

Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 23.06.2025

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I hat zu den Punkten 1 und 2 des Antrags der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 03.06.2025 den folgenden Beschluss gefasst:

„1. Die Bezirksvertretung fordert den Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Leverkusen auf, regelmäßig den Sparkassenbus in den Stadtteil Hitdorf zu entsenden.

2. Die Bezirksvertretung fordert den Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Leverkusen auf, einen Kontoauszugdrucker in Hitdorf einzurichten.“

Herr Oberbürgermeister Richrath hat daraufhin den Wunsch der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I an den Vorstand der Sparkasse Leverkusen weitergeleitet, der die Angelegenheit geprüft hat und das folgende Ergebnis mitteilt:

„Die Bargeldversorgung in Hitdorf ist durch den Betrieb unseres Geldautomatenstandortes sichergestellt. Papierhafte Kontoauszüge erhalten Kundinnen und Kunden in unserer Filiale im benachbarten Stadtteil Rheindorf: Es sind also nur kurze Wege mit dem PKW oder ÖPNV nötig, um die Bankgeschäfte in dem gewohnten und vertrauten Rahmen erledigen zu können.

Die Sparkasse Leverkusen ist in ihrer Struktur eine Stadtparkasse. Für Institute wie unser Haus ist es demnach unüblich, eine mobile Filiale zu betreiben: Diese Serviceleistung erbringen in der Regel die sogenannten Flächensparkassen, die die Bargeldversorgung ihrer Kundinnen und Kunden in einer breiten, oftmals ländlich geprägten Fläche sicherstellen. Folglich betreibt unser Haus keinen Sparkassenbus, eine Anschaffung ziehen wir aktuell nicht in Betracht.

Stichwort Erreichbarkeit: Im Stadtgebiet Leverkusen bietet unser Haus die höchste Dichte an personenbesetzten Filialen sowie Selbstbedienungsstandorten, die unabhängig von den jeweiligen Filialöffnungszeiten rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr für die Kunden zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus ist unser KundenServiceCenter montags bis freitags durchgängig von 09:00 bis 18:00 Uhr für unsere Kundinnen und Kunden telefonisch erreichbar. Und: Unsere Beratungsleistungen bieten wir auf expliziten Kundenwunsch auch in den eigenen vier Wänden an.

Selbstverständlich haben unsere Kundinnen und Kunden darüber hinaus die Möglichkeit, jederzeit das Online Banking zu nutzen. Dass insbesondere ältere Menschen häufig Berührungängste haben, ihre Bankgeschäfte im Internet zu erledigen, ist nachvollziehbar. Für diesen Fall sind unsere Servicekräfte telefonisch erreichbar und

begleiten Kundinnen und Kunden beispielsweise Schritt für Schritt bei der Ausführung von Überweisungen.

Die räumliche Nähe zu den Menschen, die uns ihre Finanzen anvertrauen und zu der Region, in der sie leben, zeichnet Sparkassen aus. Gleichzeitig halten auch wir mit dem digitalen Wandel Schritt und begleiten insbesondere unsere älteren Kundinnen und Kunden bei diesem Wandel.“

Die Entsendung eines Sparkassenbus als mobiles Angebot und die Aufstellung eines Kontoauszugdruckers ist somit nicht vorgesehen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I zum Punkt 3 des Antrags lautet wie folgt:

„Der Punkt des Antrags Nr. 2025/3380 wird in den Septemberturnus 2025 dem Auftrag an die Verwaltung vertagt, bis dahin das mobile Bürgerbüro ein- bis zweimal testweise in Hitdorf anzubieten, um zu prüfen, wie das Angebot grundsätzlich angenommen wird. Diese Testphase soll durch eine vorherige Bewerbung des Angebotes durch die Presse bzw. die städtische Pressestelle in den Print- und Onlinemedien einschließlich einer erneuten Bewerbung des Standortes in Rheindorf flankiert werden. Eine abschließende Entscheidung zur dauerhaften Einrichtung dieses Angebotes wäre durch den Rat der Stadt Leverkusen zu entscheiden.“

Die Verwaltung prüft aktuell die technische und logistische Umsetzbarkeit der befristeten Maßnahme. Sobald weitere Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung erneut berichten.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

25.07.2025

BK-Nummer 2023/2315 (ö)

Poller „Umlag“

In der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 11.09.2023 wurde beschlossen, an der Straße „Umlag“ zwischen dem Hitdorfer See und dem Stöckenbergsee, die vorhandenen Schranken zu entfernen und durch einen klappbaren Poller je Seite im Bereich der Fahrbahn und zusätzlich mit einem festen Poller je Seite im Bereich des Grünstreifens zu ersetzen. Durch den Beschluss wird Radfahrenden und zu Fuß gehenden ein gutes Durchkommen ermöglicht, aber das seitliche Umfahren der Poller durch rechtswidrige Verkehre im Bereich des Grünstreifens verhindert. Die zur Durchfahrt berechtigten land- und forstwirtschaftlichen Verkehre sind wie bisher auch wieder mit entsprechenden Schlüsseln auszustatten.

Wie in der z.d.A.: Rat Mitteilung vom 25.04.2024 berichtet wurde, ist sich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für zu Fuß Gehende und Radfahrende darauf verständigt worden, die rechtswidrige Durchfahrt durch die Installation von rot-weiß reflektierenden, klappbaren Gattersperren zu verhindern, ergänzt um jeweils einen Poller im Bereich des Grünstreifens. So wird die mögliche Kollisionsgefahr für Radfahrende, aufgrund u.a. der besseren Sichtbarkeit der Sperreinrichtung reduziert, aber dennoch das rechtswidrige Befahren des gemeinsamen Geh- u. Radweges unterbunden.

Die Maßnahme wurde nun durch die Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen AöR (TBL) umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wurden alle der Verwaltung bekannten land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe, welche bisher im Besitz eines Schlüssels für die alte Schrankenanlage waren, mit einem Informationsschreiben über die anstehenden Änderungen informiert. Sofern diese Personengruppe weiterhin einen Schlüssel im Rahmen ihrer Tätigkeiten benötigt, wurden sie dazu aufgefordert, dies mit einem entsprechendem Nachweis an die Verwaltung zurück zu melden. Aufgrund der erhaltenen Rückmeldung wurden die Schlüssel an die berechtigten Nutzenden, zu denen ebenfalls u.a. die Polizei und die Feuerwehr gehören, verteilt. Sollte in diesem Rahmen jemand vergessen worden sein, besteht nach wie vor die Möglichkeit, sich beim Fachbereich Mobilität und Klimaschutz zu melden, um einen Schlüssel für die Schrankenanlage zu erhalten.

Die Beschlusskontrolle kann somit eingestellt werden.

Fachbereich Mobilität und Klimaschutz

28.07.2025